

„Die Aufgabe der Opposition heute ist die Verbreitung der Wahrheit. Und die Wahrheit über Putin heißt Krieg und Krise.“

Boris Nemzow, Facebook-Eintrag vom 31. Januar 2015

Inhalt:

Vorwort

Kapitel 1. Wozu Putin diesen Krieg braucht	3
Kapitel 2. Lüge und Propaganda	6
Kapitel 3. Wie die Krim genommen wurde	10
Kapitel 4. Russische Soldaten in der Ostukraine	14
Kapitel 5. Freiwillige oder Söldner?	22
Kapitel 6. Grus-200	29
Kapitel 7. Der Militärmarkt des Vladimir Putin	35
Kapitel 8. Wer die Boing abgeschossen hat	38
Kapitel 9. Wer im Donbass herrscht	44
Kapitel 10: Die humanitäre Katastrophe	48
Kapitel 11. Was der Krieg gegen die Ukraine kostet	51
Schlussfolgerung	

Unabhängiger Expertenbericht „Putin. Der Krieg“

Mai 2015. Moskau

Redaktion: Ilja Jaschin, Olga Schorina

Bild-Redakteurin: Olga Osinowa

Umschlag: Pawel Elisarow

Internetversion: www.putin-itogi.ru

E-Mail: doklad.voina@gmail.com

Der vorliegende Bericht ist kein Massenmedium.

Die im Bericht verwendeten Fotografien werden entsprechend der geltenden Urheberrechtsgesetze verwendet.

Umschlagfoto: Pjotr Schelomowski

[deutsche Übersetzung: Jürgen Buch]

Die Idee zu diesem Bericht hatte Boris Nemzow. Eines Tages kam er zu einer Versammlung seiner Parteiführung und verkündete laut: „Ich habe darüber nachgedacht, was zu tun ist. Wir müssen einen Bericht mit dem Titel „Putin. Der Krieg“ schreiben, in hoher Auflage herausgeben und auf den Straßen verteilen. Wir werden erzählen, wie Putin diesen Krieg entfesselt hat. Nur so besiegen wir die Propaganda.“ Nemzow schaute die Anwesenden siegessicher an, wie er es jedes Mal tat, wenn ihm eine gute Idee kam. „Was meinst du, Schorina, gefällt dir das?“, wandte er sich an Olga.

Anfang 2015 begann Boris damit, Material für den Bericht zu sammeln. Er arbeitete stark mit öffentlich zugänglichen Quellen und er fand Leute, die ihm Informationen zutrug. Nemzow glaubte, dass gerade darin, den Krieg zu stoppen, echter Patriotismus liege. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein niederträchtiges und zynisches Verbrechen, für das unser Land mit dem Blut seiner Bürger, einer wirtschaftlichen Krise und internationaler Isolierung bezahlt. Niemandem in Russland nutzt dieser Krieg, außer Putin und den Seinen.

Boris konnte den Bericht nicht zu Ende schreiben. Am 27. Februar wurde er auf einer Brücke unmittelbar beim Kreml ermordet. Diese Aufgabe vollendeten seine Mitkämpfer, Freunde und Menschen, die seine Arbeit für wichtig hielten. Grundlage des Berichts sind die Materialien, die Boris gesammelt hat. Handschriftliche Notizen und Dokumente, alles, was er hinterlassen hat, wurde für den Bericht genutzt.

Unsere Aufgabe ist, die Wahrheit über die Einmischung des Kremls in die ukrainische Politik zu sagen, die zum Krieg zwischen unseren Völkern führte. Zu einem Krieg, der unverzüglich beendet werden muss.

[Foto: Denis Sinjakow]

Kapitel 1. Wozu Putin diesen Krieg braucht

Seit Herbst 2011 fielen die Beliebtheitswerte für Putin deutlich. Vor den Präsidentenwahlen 2012 schien es möglich, dass er nicht im ersten Wahlgang siegen würde. Dieses Szenario enthielt die Gefahr einer deutlichen Schwächung der Position Putins und der Untergrabung seiner Legitimität. Die Regierung des Landes in seinem gewohnten, autoritären Stil als „nationaler Führer“ wäre schwieriger geworden.

[Foto: Reuters/ITAR-TASS/Presidential Press Service]

Der Wahlkampf forderte den maximalen Einsatz aller Mittel der Staatsmacht, um den Sieg Putins im ersten Wahlgang sicherzustellen. Eine grundlegende Voraussetzung für seinen Sieg war aber, dass ernstzunehmende Gegenkandidaten gar nicht zugelassen wurden. Außerdem wurden alle maßgeblichen Massenmedien durch die staatliche Verwaltung völlig kontrolliert. Daneben kam es auch bei den Wahlen 2012 zu direkten Manipulationen: Es wurden gefälschte Wahlzettel verwendet, es wurden falsche Tatsachen behauptet und Protokolle gefälscht. Außerdem wurde die sogenannte „Karussell“-Methode genutzt, bei der ein Wähler vor dem Wahllokal einen vorausgefüllten Wahlzettel entgegennimmt und in die Urne wirft und seinen neuen, unausgefüllten Wahlzettel wieder mit aus dem Wahllokal bringt.

Nachdem Putin, gemäß dem Ergebnis der Wahl, ins Präsidentenamt zurückgekehrt war, traf er eine Reihe politischer Entscheidungen, mit denen er seine Beliebtheit steigern wollte: Er unterzeichnete 2012 die sogenannten „Mai-Dekrete“, die viele Experten für verschwenderisch und ökonomisch sinnlos hielten¹. Doch selbst dieser Populismus änderte nichts an der Tendenz: Die Beliebtheit des Staatsoberhauptes sank nach den Wahlen. Deshalb verlief die Umsetzung der „Mai-Dekrete“ nur sehr zögerlich und ein Jahr später kritisierte Putin die Regierung öffentlich für die ineffektive Verwendung von Mitteln für ihre Umsetzung.²

Bis zum Sommer 2013 wurde offensichtlich, dass die Mittel, die üblicherweise in den zurückliegenden Jahren die Beliebtheit Putins sicherten, nicht ausreichten, seine Beliebtheit auf mehr als 40 bis 45% zu steigern. Alles zusammen genommen, beunruhigte den Kreml diese negative Entwicklung ernsthaft, so dass an völlig neuen Methoden zur Stärkung der Position Putins in der Wählergunst gearbeitet wurde.

Der Plan zur „Rückkehr der Krim zu Russland“ wurde zweifellos von der russischen Führung im Vorhinein gründlich geplant. Das Ausmaß dieser Vorbereitungen ist heute offensichtlich. Noch vor dem Einfall russischer Spezialeinheiten auf der Krim wurden Generäle und Offiziere der ukrainischen Armee angeworben, Leiter und Mitarbeiter aus den militärischen Strukturen, die sich im entscheidenden Moment von ihrem Eid lossagten und auf die Seite der Russischen Föderation wechselten. Das Vorgehen Russlands wurde auch von lokalen politischen Separatisten und Massenmedien unterstützt, die von Moskau aus finanziert wurden. Auch die Geschäftsleute auf der Krim bekundeten ihre Loyalität im Gegenzug für günstige Kredite russischer Banken, die nicht nach marktorientierten Kriterien vergeben

wurden. Außerdem wurden langfristige Anstrengungen unternommen, um die ukrainische Wirtschaft und das politische System insgesamt zu schwächen. Regelmäßig wurden „Gaskriege“ begonnen oder Importverbote für Waren eingeführt und wieder aufgehoben. Unverhohlen wurde Druck auf die ukrainische Staatsführung ausgeübt, um sie dazu zu zwingen, an allen möglichen „integrativen“ Projekten des Kremls mitzuwirken, die die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken begrenzen sollen.

[Zitat: *Der Kreml begann mit der Arbeit an völlig neuen Methoden zur Stärkung der Position Putins in der Wählergunst.*]

[Tabelle: Putin in der Gunst der Wähler vor und nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine

2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 1. Quartal 2013, 2. Quartal 2013, 3. Quartal 2013, Januar 2014 bis März 2015. Umfrage von „FOMnibus 14.-15. März 2015 in 204 Orten in 64 Subjekten der Russischen Föderation, 3.000 Befragte]

Die Revolution in Kiew und die Flucht des Präsidenten Viktor Janukowitschs aus dem Land Anfang 2014 schwächten den ukrainischen Staat für eine gewisse Zeit und schufen ideale Voraussetzungen für das entschiedene Vorgehen des Kremls zur Abspaltung der Krim. Mit Unterstützung russischer Truppen und Spezialeinheiten (was ein Jahr später Putin selbst eingestand³) wurde auf der Halbinsel ein Referendum abgehalten, das die formale Grundlage zum Anschluss der Krim an die Russische Föderation darstellte. Die Vereinigung der Krim mit Russland, die von der staatlichen Propaganda aktiv unterstützt wurde, erlaubte es Putin, seine persönliche Legitimität zu stärken. Seine Popularität erreichte Rekordwerte.⁴

Doch mit der Krim war die Sache noch nicht beendet und kurz darauf begann auf dem Territorium der ukrainischen Bezirke Donezk und Luhansk ein umfassender Krieg. Den bewaffneten Kräften der Ukraine standen Separatisten gegenüber, die den Austritt der von ihnen kontrollierten Gebiete aus dem Verbund des Staates und dem Beispiel der Krim folgend den Anschluss an die Russische Föderation forderten. Wie aus diesem Bericht hervorgeht, leistete die russische Führung aktive politische, wirtschaftliche, personelle und sogar direkte militärische Unterstützung für die Separatisten. Die Umstände, unter denen Putin den bewaffneten Konflikt auf dem Gebiet des Nachbarstaates ausgelöst hat, erlauben zwei mögliche Interpretationen seines Handelns.

[Zitat: *Mit der Krim war die Sache nicht beendet und kurz darauf begann in den Bezirken Donezk und Luhansk ein umfassender Krieg.*]

Die erste Interpretation ist, dass der russische Präsident nach dem Erfolg im Fall der Krim davon überzeugt war, dass die russischsprachigen Gebiete der Ukraine dazu bereit wären, Teil des russischen Staates zu werden. Tatsächlich war vom „Sammeln der russischen Erde“ die Rede, und diese Aufgabe fand Putin in ihrer historischen Tragweite attraktiv, ungeachtet möglicher Kosten. Zur Begründung des russischen Anspruchs auf diese Gebiete wurden lokale Separatisten aktiviert, unterstützt von Kämpfern und Polittechnologen aus Moskau und anderen russischen Städten, die in den Donbass kamen. Dennoch hatten diese Anstrengungen nur lokale Auswirkungen: Abgesehen von einigen Kreisen in den Gebieten Donezk und Luhansk unterstrichen die übrigen russischsprachigen Gebiete nach einigen Unruhen ihre Absicht, Teil der Ukraine zu bleiben. Die sich verschlechternde Situation motivierte Putin dazu, einen politischen Ausweg aus der Krise zu suchen und weitgehend

Friedensverhandlungen mit der neuen ukrainischen Staatsspitze zu führen, trotz der offensichtlichen militärischen Übermacht.

Die zweite Interpretation ist, dass Putin von Anfang an verstand: Die Idee eines staatlichen Gebildes im Donbass mit der Perspektive eines Anschlusses an die Russische Föderation hat in Russland viel mehr Unterstützung als in der Ukraine. Demzufolge wäre der kriegerische Konflikt mit dem Ziel begonnen worden, eine günstige Verhandlungsposition im Dialog mit den westlichen Ländern aufzubauen. Die Beendigung der Kämpfe, die der Kreml garantieren kann, könnte die Grundlage zur Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland werden, die nach dem Anschluss der Krim unausweichlich geworden waren. Außerdem würde bei der Durchführung dieses Szenarios die Frage der Rechtmäßigkeit der Angliederung der Krim von der Tagesordnung verschwinden und die westlichen Länder würden die Zugehörigkeit der Halbinsel zu Russland wenn auch nicht formal, so doch de facto anerkennen.

[Zitat: *Die Veränderung der politischen Situation könnte für Putin auf der Anklagebank des Internationalen Strafgerichtshofs enden.*]

Zum einen ist Russland zur fortgesetzten Unterstützung der Separatisten im Donbass gezwungen, ungeachtet der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Kosten. Das Ende der Unterstützung könnte als Verrat an den gegenwärtigen Partnern Putins verstanden werden (dazu zählen auch die, die in der Ostukraine jetzt Kampferfahrung sammeln), was eine Welle scharfen Protests gegen Putin im Innern Russlands auslösen könnte.

Zum anderen können die fortgesetzte Konfrontation mit dem Westen, die Selbstisolierung und die Sanktionen der russischen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Das erhöht die Gefahr sozialer Proteste, die erneut die Beliebtheit des Präsidenten sinken lassen könnten.

Schließlich birgt eine internationale Schwächung der Position Putins und die Eskalation des russisch-ukrainischen Konflikts die reale Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung des gegenwärtigen russischen Präsidenten. Die Veränderung der globalen politischen Lage könnte für Putin in einer offiziellen Anklage wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof führen.

Kapitel 2. Lüge und Propaganda

[Foto: REUTERS/Eduard Korniyenko]

Wer sich dazu entschließt, die politische Karriere von Vladimir Putin zu beschreiben, stößt auf ein unlösbares Problem: Der russische Präsident hatte gar keine politische Karriere. Der Aufstieg Putins vollzog sich durch das Fernsehen und alle Etappen, von „Fertigmachen der kaukasischen Terroristen auf der Toilette“ bis zur legendären Anweisung Jelzins an Putin „Behüten Sie Russland“ sind nicht mehr als eine Folge der Fernsehbilder.

Vladimir Putin ist ein Fernsehstar. Sein präsidialer Kalender schreibt sich von Folge zu Folge der Fernsehfragestunde „Der direkte Draht“ fort. Die wuchernde Rolle des Fernsehens in der Kommunikation zwischen Staatsmacht und Gesellschaft in Russland schon während der Präsidentschaft Boris Jelzins, doch besonders unter Vladimir Putin, hat dazu geführt, einen telezentristischen Staat zu bauen, in dem alle gesellschaftlichen Institutionen von der Kirche bis zur Armee unmerklich durch ein entsprechendes Fernsehbild ersetzt wurden. Ein Beweis dafür ist ein Skandal aus dem Frühjahr 2015, als Journalisten des Senders RBK erklärten⁵, dass Fernsehbeiträge über die anstehenden Arbeitstreffen des Präsidenten, die ausgestrahlt werden, auch lange vor der Sendung aufgenommen worden sein können, dass aber völlig unbekannt sei, wo sich der Präsident zu diesem Zeitpunkt wirklich befinde. Man kann davon ausgehen, dass das schon vor 2015 so war, es hat lediglich bis heute niemand darauf geachtet und niemand weiß, wie viele andere zuvor aufgezeichnete Beiträge mit Putin in der Videothek des Kremls auf die Sendung warten.

Bis Anfang 2014 erschien die russische Propaganda vielen abscheulich. Das ging so weit, dass es aufgrund einiger Fernsehbeiträge⁶ über die Opposition reale Strafverfolgungen und Festnahmen gab. Doch seit Beginn des politischen Widerstands in Kiew Ende 2013 wurde deutlich, dass die russische Propaganda, mit der die Gesellschaft bis dahin zu tun hatte, geradezu vegetarisch zu nennen ist. Nebenbei, auch die Propagandisten selbst machten kein Geheimnis daraus, dass sie in „friedlichen Zeiten“ nicht mit voller Kraft arbeiten. Zum Beispiel erklärte Margarita Simonjan, die Chefin des staatlichen Senders Russia Today, der für das westliche Publikum arbeitet, 2011 ganz offen den Sinn ihres Mediums so⁷: „Wenn es keinen Krieg gibt, sind wir eigentlich nicht notwendig. Aber wenn es Krieg gibt, dann wird es kritisch. Doch man kann die Armee nicht erst eine Woche vor dem Krieg aufstellen.“

[Zitat: *Die Zahl der Erwähnungen des ukrainischen „Rechten Sektors“ in den russischen Massenmedien überstieg zu einem gewissen Zeitpunkt die der Partei „Einiges Russland“.*]

Der „Krieg“ begann für den Kreml auf dem Kiewer Majdan im Spätherbst 2013. In der Darstellung der offiziellen russischen Massenmedien sah der Widerstand in der ukrainischen Hauptstadt so aus, dass dort für die europäische Integration (und nur darum ging es damals) lediglich solche Leute eintreten, die sich als Nachfolger der Kollaborateure mit den Deutschen

im Zweiten Weltkrieg verstehen, außerdem radikale Nationalisten, die auch vor ethnischen Säuberungen kaum noch zurückschrecken. Die Zahl der Erwähnungen⁸ des ukrainischen „Rechten Sektors“ in den russischen Massenmedien überstieg zu einem gewissen Zeitpunkt die der Putin-Partei „Einiges Russland“, obwohl der „Rechte Sektor“ bei den Wahlen in der Ukraine weniger als 2% der Wählerstimmen erhielt.

[Tabelle: Zahl der Nennungen politischer Parteien und Organisationen in russischen Massenmedien (Mai 2014) Unter dem Balkendiagramm die Symbole von „Rechter Sektor“, „Einiges Russland“, „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“, „Liberaldemokratische Partei Russlands“. Quelle: www.kashin.guru]

Nach der Flucht von Viktor Janukowitsch nannten die russischen Fernsehsender die neuen Machthaber in der Ukraine ausschließlich „Kiewer Junta“ und das bewaffnete Vorgehen gegen die Separatisten im Osten des Landes „Strafaktion“.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, dass die russische Propaganda über viele Jahre hinweg dem Großen Vaterländischen Krieg große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Vladimir Putin hat das zu einem Schlüsselthema in seinem eigenen ideologischen Koordinatensystem gemacht. Die staatliche Nachrichtenagentur RIA Novosti rief 2005 eine neue Tradition zum Feiertag des 9. Mai ins Leben, nämlich das massenhafte Verbreiten von Bannern mit dem Slogan „Ich erinnere mich und ich bin stolz.“ Der sowjetische Feiertag, hinter dem das größte menschliche Mitgefühl stand, wurde zum wichtigsten nationalen Feiertag des Putinschen Russlands. Auf den ersten Blick ist das eine vollkommen gute Sache. Doch auch das erwies sich als ausgesprochen nützlich, als es dann um die Ukraine ging.

Die Rhetorik der Kriegszeit wurde auf den Strom der politischen Nachrichten projiziert. Die ukrainische Staatsführung wurde in der Rhetorik der Kremlpropaganda zu „Banderowcy“, also zu Anhängern des ukrainischen Nationalisten Bandera, und zu „Nazisten“. Russland schien damit beschäftigt, womit es auch zwischen 1941 und 1945 beschäftigt war: mit dem Kampf gegen den Faschismus. Das Georgsband wurde vom Symbol des Gedenkens zu einem Attribut des heutigen Widerstands; wenn du es trägst, unterstützt du die Abtrennung der Krim und des Donbass von der Ukraine, der Feind sind die „Banderowcy“. Die antifaschistische Rhetorik, die von den offiziellen Massenmedien genutzt wurde, überführte die politische Krise in die Sprache des Vernichtungskrieges.

[Zitat: *Die antifaschistische Rhetorik, die von den offiziellen Massenmedien genutzt wurde, überführte die politische Krise in die Sprache des Vernichtungskrieges.*]

Eine bekannte Episode aus diesem Krieg ist der Beitrag des Ersten Kanals über einen „gekreuzigten Jungen“:⁹ In der Hauptnachrichtensendung des wichtigsten Fernsehsenders des Landes wurde eine Frau gezeigt, die angeblich gesehen hatte, wie in Slowjansk nach dem Rückzug der Separatisten ukrainische Nationalgardisten einen sechsjährigen Jungen gekreuzigt haben. Es gab für diese Information keinen einzigen Beweis.¹⁰ Darüber hinaus wurde klar, dass die Heldin des Beitrags niemals in Slowjansk gewesen war. Der Erste Kanal versuchte sich dafür zu rechtfertigen.¹¹

Mit dieser Stadt ist auch die Hetzkampagne gegen den russischen Musiker Andrej Makarewitsch verbunden. Er hielt sich in Slowjansk auf, nachdem die ukrainische Armee die

Stadt zurückgewonnen hatte und gab im Nachbarort ein Konzert für Bewohner und Flüchtlinge. In der Interpretation der Kreml-Medien verwandelten sich die Zuhörer in „Bestrafer“ und das Konzert wurde zu einem „furchtbaren antirussischen Schlag“. Die Unterstützer der Staatsmacht sprachen von Makarewitsch als einem Feind Russlands und forderten, ihm seine staatlichen Auszeichnungen zu nehmen.

Der Krieg in der Ukraine zeigte auch, wie differenziert die russische Propaganda vorging, abhängig vom Publikum und von dessen Möglichkeit, Informationen zu erhalten. Das Fernsehen stellt den absoluten Mainstream dar. Das Bild, das darin vermittelt wird, soll so allgemein und abstrakt wie möglich sein, ohne überflüssige Einzelheiten. Der Nutzer von Fernsehnachrichten ist passiv, er soll nicht mit überflüssigen Details zugeschüttet werden. Deshalb erfuhren die Fernsehzuschauer über den unter Internetnutzern bekannten Kommandanten der Separatisten in Slowjansk, Igor Girkin (alias Strelkow), nur ein Minimum an Informationen. Girkin taucht auch nicht in dem Film „Die Krim. Der Weg in die Heimat“¹² auf, in dem Vladimir Putin zum ersten Mal zugab, dass die russische Armee auf dem Gebiet der ukrainischen Halbinsel eingesetzt wurde. Stattdessen wurde Girkin zum Held der Tabloids und der Radiosender¹³, also für solche Medien, die von Leuten genutzt werden, die sich aus verschiedenen Quellen informieren und nicht nur durch die offiziellen Massenmedien. Dieses Publikum glaubt nicht an Geschichten wie die vom „gekreuzigten Jungen“ und erfordert eine subtilere Herangehensweise. Deshalb berichteten die Korrespondenten von LifeNews, Semjon Semen, und der „Komsomolskaja Prawda“, Dmitri Steschin und Alexander Kotz, ihren Hörern und Lesern, was ihnen die russischen Fernsehsender verschwiegen. Sie konnten fast völlig offen über den Handel mit Kriegsgerät für die Separatisten sprechen¹⁴ oder über die Konflikte in den führenden Kreisen der „Volksrepubliken“. Eine Szene aus einer Reportage von LifeNews, in der ein Kommandant der Separatisten mit dem Spitznamen Givi ukrainische Gefangene dazu zwingt, ihre militärischen Abzeichen zu essen¹⁵, wäre für die Nachrichtensendung „Vremja“ zu schockierend gewesen.

Womöglich kann von allen Sendungen des staatlichen Fernsehens nur „Nachrichten der Woche“ des Senders „Rossija-1“ mit der Offenheit der Tabloids und der Online-Medien mithalten. Sie wurde nach dem Vorbild amerikanischer Shows gegründet und spielte eine Schlüsselrolle bei der Erweiterung der Grenzen des Zulässigen im russischen Rundfunk. Verantwortlich für die Sendung ist Dmitri Kisseljow, der zu Beginn des Ukraine Konflikts zum Leiter der ehemaligen RIA Novosti gemacht wurde. Er führt seinen persönlichen Krieg gegen die Ukraine und er spricht öffentlich über die Bereitschaft unseres Landes, die USA in „radioaktiven Staub“ zu verwandeln.¹⁶ Sein Kollege Vladimir Solowjow leitet eine ähnliche Show auf demselben Kanal und versucht, mit dem Niveau von „Nachrichten der Woche“ mithalten, bleibt aber üblicherweise hinter Kisseljow zurück, der immerhin schon auf der Sanktionsliste des Westens steht. Das kann man erklären: Solowjow hat ein Haus in Italien¹⁷, und er hat gar nicht vor, unter die Sanktionen zu fallen, obwohl die berüchtigte „Atmosphäre des Hasses“ auch seine Sendungen auf „Rossija-1“ und „Majak“ schmückt.

[Zitat: Der Äther der russischen staatlichen Massenmedien ist eine einzige Atmosphäre des Hasses ohne alle Anführungszeichen.]

Im Grunde ist der ganze Äther der russischen staatlichen Massenmedien eine einzige Atmosphäre des Hasses ohne irgendwelche Anführungszeichen. Wenn das alles endet, wird Russland noch lange brauchen, um zu sich zu kommen und sich von den Standards der Ethik und des Verhaltens der Propaganda von 2014/15 zu befreien.

[Bildunterschrift: Vladimir Putin zeichnet Vladimir Sojowjow im Kreml mit einem Verdienstorden aus. Foto: kremlin.ru]

Kapitel 3. Wie die Krim genommen wurde

Am 4. März 2014 antwortete Vladimir Putin während eines Treffens mit Journalisten auf die Frage eines Korrespondenten der Agentur Bloomberg, wer die Leute in Uniform gewesen seien, die der russischen ähnelte und deren Träger die Einheiten der ukrainischen Armee in ihren Stellungen auf der Krim blockierten: „Das waren lokale Kräfte der Selbstverteidigung.“ Und er erklärte, woher sie russische Militäruniformen gehabt haben könnten: „Schauen Sie sich den postsowjetischen Raum an. Da gibt es überall Uniformen, die sich ähneln. ... Gehen Sie in ein Geschäft hier bei uns, da können Sie eine beliebige Uniform kaufen.“¹⁸

Allerdings öffnete Vladimir Putin selbst anderthalb Monate später die Tür des „Geschäfts“, aus dem Ausstattung und Bewaffnung für die Spezialeinheiten, die „grünen Männchen“ stammten, ein Stück weit. Am 17. April 2014 sagte er in der Sendung „Direkter Draht zum Volk“: „Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht (obwohl er bis zu diesem Moment gerade ein Geheimnis daraus gemacht hatte; Anm. der Redaktion), dass unsere Aufgabe darin bestand, sichere Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Bewohner der Krim ihren Willen frei ausdrücken konnten. ... Deshalb standen hinter den Kräften der Selbstverteidigung der Krim natürlich unsere Armeeingehörigen.“¹⁹

Darüber, wer und ab wann „hinter dem freien Ausdruck des Willens der Krim-Bewohner stand“, erzählten später im Interview der Seite „Medusa“ die russischen Armeeingehörigen selbst.²⁰

Es erinnert sich Oleg Terjuschin (23 Jahre, Sergeant der 31. Garde-Luftlande-Brigade aus Uljanowsk, die komplett auf die Krim verlegt wurde):

„Auf der Halbinsel Krim waren wir mit die Ersten, am 24. Februar [2014]. Zwei Tage zuvor wurden wir in der Kaserne in Alarmbereitschaft versetzt. Es wurden kampftaktische Gruppen gebildet und per Flugzeug in die Stadt Anapa gebracht. Von dort aus ging es auf LKW weiter nach Noworossisk, von wo aus wir mit einem großen Landungsschiff nach Sewastopol gebracht wurden. [...] Sofort nachdem wir das Schiff verlassen hatten, befahl man uns, alle staatlichen Symbole und Abzeichen der Armee zu entfernen. Wir bekamen alle grüne Masken, Knie- und Ellbogenschoner. [...] Ich denke, wir waren mit die Ersten, die man dann „höfliche Leute“ genannt hat. In Sewastopol waren wir einige Tage. Als besondere Aufgabe befahl man uns, ein Lager aufzuschlagen und zur Ausführung jeder Aufgabe bereit zu sein. Bald wurde unsere Brigade nach Perewalnoje verlegt, in dessen Nachbarschaft wir ein Zeltlager aufschlugen. Dort wurden etwa 2.000 Angehörige der Landungstruppen aus Uljanowsk untergebracht. Diese Anzahl war nötig, um die Stärke der russischen Streitkräfte zu demonstrieren.“

Es erinnert sich Alexej Karuna (20 Jahre, leistete von 2013 bis 2014 Wehrdienst in der Schwarzmeerflotte, wurde mit der Medaille „Für die Rückkehr der Krim“ ausgezeichnet):

„Von Plänen zum Anschluss der Krim hörte ich zum ersten Mal Anfang Februar [2014]. Zu dieser Zeit wurden unsere Soldaten auf die Krim verlegt. Sie bauten Befestigungen und organisierten Patrouillen, damit um Himmels Willen hier kein Majdan begann. Am Vorabend des Referendums wurde uns angekündigt, dass es Alarm geben werde und dass wir unbedingt in Bereitschaft sein sollten. Doch alles blieb einigermaßen ruhig, weil auf so ein kleines Stückchen Land aus Russland so viele Soldaten gebracht worden waren! Allein zur

Schwarzmeerflotte gehören 15.000 Mann. Außerdem noch 20.000 auf dem Land. Und dann noch die Spezialeinheiten in der Stadt. Jeder Widerstand wäre im Nu gebrochen worden.“

[Foto: Kuba Kaminski/PAP]

Eine offizielle, wenn auch indirekte Bestätigung dafür, dass auf der Krim eine im Voraus geplante militärische Spezialoperation stattfand, war die Verleihung der Medaillen „Für die Rückkehr der Krim“ im Frühjahr 2014 durch das russische Verteidigungsministerium (zunächst geheim Informationen dazu kursierten im Internet und wurden entfernt).²¹

[Bildunterschrift: Medaille „Für die Rückkehr der Krim“, verliehen vom russischen Verteidigungsministerium.]

Die ersten dieser Auszeichnungen wurden bereits am 24. März 2014 verliehen. Aus der Hand von Verteidigungsminister Schoigu erhielten sie Infanteristen und Offiziere aus dem Kommando der Schwarzmeerflotte der russischen Marine, außerdem Armeeinghörige des Zentralen und Südlichen Militärbezirks. Die Tatsache, dass es solche Auszeichnungen gab, bezeugte auch Jaroslaw Roschupkin, Mitarbeiter des Pressedienstes ZVO, als er sagte, „tatsächlich sind eine Reihe von Armeeinghörigen mit diesen Medaillen ausgezeichnet worden“. Allerdings fügte er hinzu, dass „die Armeeinghörigen sich nicht auf der Krim befanden“, sondern „halfen, indem sie auf dem Territorium Russlands die Kommunikation, Transportsicherheit und so weiter sicherstellten“.²²

Die staatliche Lüge über die Annexion der Krim wurde auf diese Art etwa ein Jahr lang aufrecht erhalten. Der Schleier über diesem „Kriegsgeheimnis“ lüftete sich allmählich seit Januar 2015, je näher die Feierlichkeiten zum Jahrestag der „freiwilligen Rückkehr der Krim zu Russland“ rückten.

Darüber, wie freiwillig diese Rückkehr war, sprach am 22. Januar 2015 in der Sendung „Polit-Ring“, gezeigt im Internet-Kanal „NejromirTV“, der ehemalige Verteidigungsminister der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk Igor Girkin, der nach seinen Worten am 21. Februar auf die Krim kam: „Ich sah keinerlei Unterstützung durch die staatlichen Organe in Simferopol, wo ich mich aufhielt. Die Abgeordneten [des Obersten Rates der Autonomen Republik Krim] wurden von den Mitgliedern der Landwehr zusammengebracht, dazu muss man nicht viele Worte machen. Um sie in den Saal zu treiben, damit sie die Entscheidung trafen [über die Durchführung des Referendums über den Beitritt der Krim zu Russland]“.²³ Halten wir fest, dass die von Girkin (Strelkow) beschriebenen Ereignisse am 27. Februar 2015 stattfanden, direkt nachdem in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar strategische Objekte auf der Krim von Spezialeinheiten unter ihre Kontrolle gebracht worden waren, einschließlich des Parlamentsgebäudes, in dem die Abgeordneten unter Ausschluss der Presse und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Videoübertragung angeblich über die Durchführung des Referendums abstimmten.

Der erste hochrangige Vertreter des Staates, der öffentlich über Einzelheiten der russischen Operation auf der Krim sprach, war der ehemalige Kommandeur der Schwarzmeerflotte, Admiral Igor Kasatonow. Am 13. März 2015 sagte er in einem Interview der Agentur RIA Novosti: „Die Schwarzmeerflotte bereitete den Aufmarschraum vor, die Offiziere wussten, was rund herum geschah, wo sich die ukrainischen Einheiten befanden. Die Szenarien zum Ablauf der Ereignisse wurden auf den Karten vorab ausgearbeitet. Nun, die Schwarzmeerflotte hat ihre Aufgabe bewältigt, die „höflichen Leute“ wurden verteilt. Vom 27. auf den 28. Februar wurde der Oberste Rat der Krim besetzt.“ Das erklärte Kasatonov und

erläuterte, dass die „höflichen Leute“ Spezialeinheiten der Armee waren, die auf dem Luftweg und über das Meer auf die Krim gelangten.²⁴

[Zitat: *Im Interview für den Dokumentarfilm „Die Krim. Der Weg in die Heimat“ gab Putin direkt zu, dass er persönlich das Vorgehen der russischen Truppen auf der Krim geleitet hat.*]

Direkt nach der Erklärung des Admirals Kasatonov erschien auch das offene Eingeständnis Putins. Im Interview für den Dokumentarfilm „Die Krim. Der Weg in die Heimat“, der im staatlichen Fernsehsender „Rossija-1“ gezeigt wurde, gab der Präsident der Russischen Föderation direkt zu, dass er persönlich das Vorgehen der russischen Truppen auf der Krim geleitet hat.²⁵ Er sagte auch, wann und unter welchen Umständen er den Befehl zum Beginn der Annexion gab.

[Foto: REUTERS/Maxim Shemetov, Screenshot auf dem Dokumentarfilm von Andrej Kondraschow „Die Krim. Der Weg in die Heimat“]

Hier die drei zentralen Zitate Putins:

„Es war die Nacht vom 22. auf den 23. Februar, wir hatten die Sitzung etwa um 7 Uhr morgens beendet. Ich schickte alle weg und ging um 7 Uhr schlafen. Und während wir auseinandergingen, das verheimliche ich nicht, während wir auseinandergingen, bevor alle weggingen, sagte ich allen meinen Kollegen, es waren vier, also ich sagte, dass sich die Lage in der Ukraine auf eine Weise entwickelt hat, dass wir gezwungen sind, mit der Arbeit zur Rückkehr der Krim in den Bestand Russlands anzufangen.“

„Zur Blockade und Entwaffnung von 20.000 Mann, die gut ausgerüstet sind, braucht man eine bestimmte Auswahl von Personal, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Man brauchte Spezialisten, die in der Lage waren, das zu tun. Deshalb erteilte ich dem Verteidigungsministerium Aufträge und Instruktionen, wozu das verheimlichen, unter dem Deckmantel der Verstärkung des Schutzes unserer militärischen Objekte auf der Krim Spezialkräfte unseres Geheimdienstes dorthin zu bringen, außerdem Marineinfanterie und Fallschirmjäger.“

„Wissen Sie, worin unser Vorteil bestand? Darin, dass ich mich persönlich darum kümmerte. Nicht, weil ich da alles richtig gemacht hätte, sondern wenn das der erste Mann im Staat macht, dann ist es für die Ausführenden leichter, zu handeln.“

Mit diesen öffentlichen Aussagen hat sich Putin zur Annexion der Krim bekannt und seine persönliche Verantwortung für dieses Ereignis zugegeben. Es ist wichtig, festzuhalten, dass die russische Staatsführung bei der militärischen Spezialoperation auf der Krim und dem Anschluss der Halbinsel an Russland, vorsätzlich drei zuvor von unserem Land abgeschlossene internationale Verträge unseres Landes verletzt hat:

1. **„Das Budapester Memorandum“** vom 5. Dezember 1994, in dem es unter anderem heißt: „4.1. Die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika unterstreichen gegenüber der Ukraine ihre Verpflichtung gemäß den Prinzipien der KSZE-Schlussakte, die Unabhängigkeit, Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu anzuerkennen.“²⁶

2. **Den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine“**, unterzeichnet in Kiew am 31. Mai 1997: „Artikel 2. Die hohen Vertragsparteien respektieren gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und den Verpflichtungen aus der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gegenseitig die territoriale Integrität und bekräftigen die Unverletzlichkeit der Grenzen.“²⁷
3. **Den „Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine über die russisch-ukrainische Staatsgrenze“**, unterzeichnet in Kiew am 28. Januar 2003, demzufolge die Krim ein integraler Bestandteil der Ukraine war und bleibt.²⁸

Kapitel 4. Russische Soldaten in der Ostukraine

Eine Weile nach dem Anschluss der Krim an Russland begannen in der Ostukraine bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Sicherheitskräften und Separatisten, die die Vereinigung der Gebiete Donezk und Luhansk mit der Russischen Föderation forderten. Die offiziellen Vertreter Russlands dementierten die Teilnahme russischer Armeeingehöriger an den Kampfhandlungen auf dem Territorium der Ukraine.

„Es gab und gibt keinerlei Einheiten der russischen Armee oder militärische Instruktooren im Südosten der Ukraine. Die Amerikaner lügen. Wir haben niemals die Lage in der Ukraine destabilisiert und tun das auch jetzt nicht“, erklärte insbesondere der Präsident der Russischen Föderation Vladimir Putin in einem Interview des französischen Senders TF1 am 4. Juli 2014.²⁹ Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow erklärte am Runden Tisch der Agentur TASS am 31. März 2015, die russische Seite „weise entschieden zurück“, dass russische Truppen im ukrainischen Kampfgebiet seien.³⁰

Die offiziellen Aussagen der russischen Seite widersprechen jedoch zahlreichen Beweisen zur Anwesenheit von Soldaten und Offizieren der russischen Armee auf dem Territorium der Ostukraine. Die ersten Beweise finden sich im Sommer 2014.

Seit Juni 2014 griff das ukrainische Militär die Stellungen der Separatisten erfolgreich an. Den Ukrainern gelang es, einen großen Teil der Städte im Donbass zu befreien, einschließlich Slowjansk und Kramatorsk. Donezk wurde praktisch eingeschlossen und die Verbindungen nach Luhansk völlig unterbrochen. Das Gebiet der selbst ausgerufenen Volksrepubliken von Donezk und Luhansk schrumpfte seit Beginn der Kämpfe um drei Viertel.³¹ Die Dynamik des Angriffs brachte die Ukraine ihrer wichtigsten Ziel nahe: der Kontrolle über die Staatsgrenze.

Allerdings erfolgte am 19. und 20. August ein Umschwung an der Front und der ukrainische Angriff kam zum Erliegen. Ermöglicht wurde das durch die Verstärkung mit Militärtechnik und Teilen der regulären Armee vom Staatsgebiet Russlands aus. In den Kesseln, die sich entlang der ukrainisch-russischen Grenze bildeten, erlitten sowohl die ukrainische als auch die russische Armee große Verluste. Als Beweis für die Intervention der russischen Seite dienen Erklärungen von Separatistenführern ebenso wie Beweise, die im Konfliktgebiet gesammelt wurden.

[Zitat: Die entscheidende Rolle beim Gegenangriff der Separatisten spielte die Verstärkung aus Russland, zu der Teile der russischen Armee gehörten.]

Am 15. August 2014 erklärte der Premierminister der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, öffentlich³², dass die entscheidende Rolle beim Gegenangriff die aus Russland gekommene Verstärkung gespielt hat: „150 Einheiten an Militärtechnik, darunter etwa 30 Panzer, ansonsten Schützenpanzer (BMP und BTR) sowie 1.200 Mann, die vier Monate lang in Russland trainiert worden sind“. „Sie wurden im entscheidenden Moment hierher gebracht“, unterstrich Sachartschenko.

Die entscheidende Rolle der Verstärkung von russischem Territorium aus hat im Interview mit der Zeitung „Zavtra“³³ auch der ehemalige Minister der Volksrepublik Donezk Igor Girkin (Strelkow) zugegeben. Die Begradigung der Front und insbesondere der Angriff auf Mariupol kamen nach seinen Worten zustande „durch Urlauber und Einheiten der Landwehr, die ihnen unterstellt waren“. „Urlauber“, in der Terminologie Girkins, sind russische

Berufssoldaten, die sich mit Waffen in den Händen auf dem Territorium der Ukraine aufhielten, sich aber formell im Urlaub befanden.

Die Version, dass russische Soldaten und Offiziere im Sommer 2014 im Donbass kämpften, während sie sich im „gesetzlichen Urlaub“ befanden, hat auch der Führer der „Volksrepublik Donezk“ Alexander Sachartschenko verbreitet. „Zu uns kommen viele Soldaten aus Russland, die es vorziehen, ihren Urlaub nicht am Strand zu verbringen, sondern Seite an Seite mit ihren Brüdern, die für die Freiheit des Donbass kämpfen“, sagte Sachartschenko im Sender „Rossija-24“.³⁴ Diese Darstellung wurde auch im Ersten Kanal des russischen Fernsehens verbreitet, zum Beispiel am 4. September 2014, als ein Beitrag über die Beisetzung des Fallschirmjägers Anatoli Trawkin aus Kostroma gezeigt wurde, der in der Ukraine gestorben war.³⁵ „Vor einem Monat ging er in den Donbass, ohne seinen Nächsten davon etwas zu sagen. Das Kommando betont: Um ins Kampfgebiet zu fahren, nahm Anatoli Urlaub“, verkündete der Sprecher des Senders.

Es ist wichtig festzuhalten, dass es Soldaten während ihres aktiven Dienstes in den Streitkräften der Russischen Föderation eindeutig verboten ist, in ihrem Urlaub an Kampfhandlungen teilzunehmen.³⁶ Ein Soldat im Urlaub behält seinen Status bei. Um Urlaub zu bekommen, „ist er verpflichtet, gegenüber dem Kommando den genauen Aufenthaltsort im Urlaub zu melden“. Wenn er den Urlaub jenseits der Grenzen verbringen will, „braucht er eine Erlaubnis des Verteidigungsministeriums, seines Kommandos und das Einverständnis des Geheimdienstes FSB“ (entsprechend dem Erlass des russischen Verteidigungsministeriums vom 31. Juli 2006 Nr. 250).³⁷

Eine Zeitlang versuchte das russische Verteidigungsministerium die Anwesenheit russischer Soldaten und „Urlauber“ im ukrainischen Konfliktgebiet zu dementieren. Entsprechend äußerte sich insbesondere am 19. Dezember 2014 Generalmajor Ruslan Wasiljew, Leiter der 4. Hauptverwaltungsabteilung für Personal.³⁸

Die Beweise zeugen allerdings vom Gegenteil.

Die Aussagen der Fallschirmjäger aus Kostroma und Iwanowo

Am 24. August 2014 nahmen ukrainische Soldaten eine Gruppe russischer Vertragsoldaten des 31. Regiments (Kostroma) der 98. Russischen Luftlande-Division (Iwanowo) fest. Den russischen Soldaten gelang es, 20 Kilometer tief auf ukrainisches Territorium vorzudringen, bevor sie in der Nähe des Ortes Serkalnoje beschossen und von ukrainischen Truppen aufgehalten wurden.

Bei den Festgenommenen handelte es sich um zehn Fallschirmjäger: Oberfeldwebel Alexej Nikolajewitsch Generalow, Stellvertreter Zugführer; Unterfeldwebel Vladimir Wjatscheslawowitsch Sawostejew; Obergefreiter Artjom Wasiljewitsch Mitrofanow; Soldat Iwan Igorewitsch Romantzew, Soldat Andrei Walerewitsch Gorjaschin; Soldat Iwan Wasiljewitsch Meltschakow; der Soldat Jegor Walerewitsch Potschojew; Soldat Sergej Alexejewitsch Smirnow. Die ukrainische Seite veröffentlichte eine Videoaufzeichnung, in der die Festgenommenen aussagen.³⁹

Das russische Verteidigungsministerium erklärte die Anwesenheit der russischen Fallschirmjäger auf ukrainischem Gebiet damit, dass sie sich im Zuge einer Übung verlaufen und zufällig die Grenze überquert hätten.⁴⁰ Diese Darstellung widerlegte der Obergefreite Romantzew. Vor laufender Kamera erklärte er, dass seine „Kompanie sich nicht verlaufen

kann“. „Wir wussten, dass wir in die Ukraine fahren“, sagte im Verlauf der Befragung auch sein Kamerad Miltschakow.

Nach der Darstellung der verhörten Fallschirmjäger kamen sie in die Ukraine, um an Übungen teilzunehmen. Doch kurz vor der Festnahme durch die ukrainischen Soldaten schrieb Miltschakow in seinem Profil auf der Seite VKontakte darüber, dass man ihn „in den Krieg schickt“ und dass er „fährt, um den Majdan fertig zu machen“.

Während des Verhørs erklärten die Fallschirmjäger auch, dass sie vor dem Erreichen des ukrainischen Staatsgebiets die Nummernschilder ihrer Fahrzeuge übermalten.

Die Aussagen russischer Panzersoldaten bei Ilowajsk

[Zitat: *Im August 2014 wurde eine weitere Gruppe russischer Soldaten festgenommen und vom Geheimdienst SBU befragt.*]

[Bildunterschrift: Verhör der festgenommenen russischen Panzersoldaten. Screenshot aus einem youtube-Video.]

Im August 2014 wurde auf dem Gebiet der Ukraine eine weitere Gruppe russischer Soldaten festgenommen und vom Geheimdienst SBU befragt.⁴¹ Auf die Frage von ukrainischer Seite hin erklären die Festgenommenen, dass sie reguläre russische Armeeangehörige sind.

Insgesamt wurden vier Soldaten festgenommen, die folgendes zu ihrer Person mitteilten: Iwan Alexandrowitsch, geboren 1988 in Wologda, Militäreinheit 54096, Angehöriger der 6. Panzer-Brigade; Jewgenij Jurjewitsch, geboren 1995 in Kaluga, Militäreinheit 54096, Angehöriger der 6. Panzer-Brigade; Nikita Genadjewitsch, geboren 1993 in Jaroslaw, 31. Luftlandebataillon, Einheit 73612; Jewgenij Aschotowitsch, Militäreinheit 73612.

Aussage des Soldaten Chochlow

[Zitat: *Chochlow erklärte, dass seine Einheit den Transfer von Militärtechnik über die Grenze in die Ukraine organisierte.*]

[Bildunterschrift: Verhör des Soldaten Pjotr Chochlow. Screenshot aus einem youtube-Video.]

Am 16. August machte ein weiterer russischer Soldat eine Aussage, die von ukrainischer Seite veröffentlicht wurde: der 19jährige Pjotr Sergejewitsch Chochlow, Vertragssoldat des 1. Infanteriebataillons der neunten Infanteriebrigade der 20. Armee des westlichen Militärbezirks.⁴²

Im Verlauf des Verhørs erklärte er, dass seine militärische Einheit den Transfer von Militärtechnik aus russischen Armeebeständen über die Grenze in die Ukraine organisierte, um damit die Kampfhandlungen gegen die ukrainischen Kräfte zu unterstützen. Zu der Militärtechnik gehörten die Waffensysteme BM-21 „Grad“ sowie die Schützenpanzer BMP-2 und BTR-80.

Bevor die Militärfahrzeuge in die Ukraine gebracht wurden, wurden laut Chochlow die Fahrgestellnummern entfernt, alle Symbole übermalt und die Nummernschilder entfernt. Das wurde getan, um die Herkunft der Militärtechnik aus dem Bestand der russischen Streitkräfte

zu verbergen. Chochlow erklärte, dass er persönlich an der Übergabe der so vorbereiteten Ausrüstung (14 BMP) an die Separatisten an der Grenze zur Ukraine teilgenommen hat.

Chochlow erklärte, er habe am 8. August gemeinsam mit Ruslan Garafijew freiwillig seine Einheit verlassen und sei ins Gebiet Luhansk gegangen. Nach seinen Worten wollten sie sich den bewaffneten Separatisten anschließen und hofften auf eine bessere Entlohnung im Vergleich zu ihrem Sold als Vertragssoldaten in der russischen Armee. Am 27. August wurde Chochlow jedoch bei dem Ort Nowoswetlowka von ukrainischen Soldaten festgenommen und Mitarbeitern des Geheimdienstes SBU übergeben.

Der Fallschirmjäger Koslow

[1. Bildunterschrift: Nikolaj Koslow in der Uniform der russischen Luftlandtruppen]

[2. Bildunterschrift: Nikolaj Koslow in der Uniform eines ukrainischen Milizionärs während seines Einsatzes auf der Krim]

[Foto: aus dem persönlichen Profil bei VKontakte, REUTERS/Marko Djurica]

[Screenshot aus einem Internet-Chat]

Im September 2014 wurde der Fall des Fallschirmjägers Nikolaj Koslow bekannt⁴³, der im Donbass kämpfte und in Folge einer Verwundung ein Bein verlor. Militäreinheit 73612, 31. Luftlandebrigade. Über das Schicksal des Jungen berichtete sein Onkel öffentlich in einem sozialen Netzwerk.

Nach den Angaben des Wehrkommandos von Oserka war der 21jährige Nikolaj Koslow, von Beruf Automechaniker, bis Juni 2013 Wehrdienstleistender, Militäreinheit 73612, 31. Luftlandebrigade. Vom 1. August 2013 an diente er als Vertragssoldat.

Koslow nahm von Anfang an an Operationen auf dem Territorium der Ukraine teil. Im März 2014 nahm er an der Blockade von militärischen Objekten auf der Krim teil. Es gilt festzuhalten, dass der russische Soldat Koslow seine militärischen Aufgaben auf der Krim in der Uniform eines ukrainischen Milizionärs ausführte. Davon zeugen Fotos, die sein Vater bei „VKontakte“ im Mai 2014 veröffentlichte.

Nach den Worten seines Onkels wurde das Foto im Flur des Obersten Rates der Krim gemacht, an dessen Blockade Koslow teilnahm und sich als Angehöriger des ukrainischen Innenministeriums ausgab. Nach dem Ende seiner Aufgaben kehrte er nach Uljanowsk heim, wurde mit der Medaille „Für die Rückkehr der Krim“ ausgezeichnet und heiratete.

Im August 2014 wurde er zu Kämpfen ins Donbass-Gebiet geschickt, als die russische Armee eine groß angelegte Aktion gegen den Vormarsch der ukrainischen Truppen gegen die Separatisten begann. Koslow nahm zwei Wochen lang an den Kämpfen teil. Nach Angaben von Verwandten wurde er vor allem zur Bekämpfung ukrainischer Artilleriestellungen eingesetzt.

Wie Sergej Koslow erzählte, geriet der Trupp seines Angehörigen in einen Hinterhalt, als er versuchte, gefangene Kameraden zu befreien. Am 24. August gerieten sie unter Beschuss und Koslow wurde ein Bein abgerissen. Danach wurde er über die Grenze gebracht, kam in ein Krankenhaus in Rostow und wurde später nach Moskau gebracht.

Soldaten in Gestalt von Freiwilligen

Nach dem Gegenschlag der Separatisten und Teilen der russischen Armee vom August fanden in Minsk Friedensverhandlungen statt, an denen der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der russische Präsident Vladimir Putin teilnahmen. Im Ergebnis einigte man sich auf einen Waffenstillstand, womit der Konflikt auf dem ukrainischen Territorium für einige Zeit eingefroren wurde.

Die nächste aktive Kampfphase begann Ende 2014. Schon im Januar 2015 waren russische Soldaten wieder an den Kämpfen gegen die ukrainische Armee beteiligt und sicherten das Vorgehen der Separatisten am strategisch wichtigen Ort Debalzewe ab.

[Zitat: *Dieses Mal machten die russischen Soldaten vor ihrem Aufbruch ins Kampfgebiet ihrem Kommando Meldung von ihrer Entlassung.*]

Dieses Mal machten die russischen Soldaten ihrem Kommando Meldung von ihrer Entlassung, bevor sie ins Kampfgebiet aufbrachen. Darüber hat am 19. Februar die Zeitung „Kommersant“ berichtet.⁴⁴ Einem Korrespondenten gelang es, vier Vertrags-soldaten der russischen Armee zu interviewen, die angaben, das Kommando habe bereits während der Vorbereitung der Kämpfe nicht verheimlicht, dass sie zum Kämpfen in die Ukraine geschickt werden sollten. Am Vorabend des Abmarschs in das Kampfgebiet schrieben die Soldaten eine Erklärung über ihre Entlassung, so dass sie im Falle ihrer Festnahme oder ihres Todes als Freiwillige identifiziert würden und nicht als professionelle Soldaten.

Außerdem erklärten die Soldaten, dass sie anders als während der Aktionen des russischen Militärs im Sommer, als die Soldaten in Kolonnen die Grenze überquerten, nun jeweils zu dritt die Grenze überschritten.

Geständnis des Oberstleutnants Okanjew

Am 13. Februar 2015 wurde in einem Fall die Absicht bekannt, Vertrags-soldaten in die Ostukraine zu schicken, um an Kampfhandlungen teilzunehmen.

Diese Information wurde Dank der Veröffentlichung eines Audiomitschnitts des Auftritts des Oberstleutnants Okanjew vor Soldaten bekannt, den ein Soldat heimlich gemacht hat.⁴⁵ Das Gespräch fand am Vorabend der Verlegung der Vertrags-soldaten von Murmansk in die Stellungen der russischen Truppen nahe der ukrainischen Grenze statt.

„Es kann sein, dass man euch an die ukrainische Grenze bringt und dann kann es schon dort zu Kämpfen kommen, dann werdet ihr Befehle zum Kampf ausführen. Ich schließe nicht aus, dass es auch zum Grenzübertritt ins Gebiet von Donezk und Luhansk kommt, um dort unmittelbar Hilfe zu leisten“, erläuterte der Oberstleutnant Okanjew den Soldaten.

„Ja, einen Krieg hat niemand irgend jemandem gegenüber offiziell erklärt. Doch helfen müssen wir in jeder Hinsicht“, betonte der Offizier bei seinen Ausführungen. Okanjew erklärte auch, dass es keine garantierten finanziellen Leistungen im Falle von Tod oder Verletzungen von russischen Soldaten geben werde, solange „der Krieg offiziell nicht erklärt worden ist“.

[Zitat: *Es kann zu Kämpfen kommen, dann werdet ihr Befehle zum Kampf ausführen.*]

Im Interview mit der Zeitung „Gaseta.Ru“ vom 13. Februar 2015 bestätigte der Oberstleutnant Wjatscheslaw Okanjew die Authentizität dieser Aussagen.

Geständnis des Freiwilligen Sapozhnikow

[Bildunterschrift: Der Kämpfer der „Volksrepublik Donezk“ Dmitri Sapozhnikow]

[Zitat: *Die wesentlichen militärischen Operationen auf dem Gebiet der Ukraine werden von Generälen der russischen Armee befehligt.*]

Am 31. März 2015 wurden die Aussagen von Dmitri Sapozhnikow bekannt, der an Kampfhandlungen im Donbass teilnahm. Er bezeugte öffentlich die Teilnahme der russischen Armee an dem bewaffneten Konflikt.⁴⁶ Sapozhnikow ist Bürger der Russischen Föderation und machte sich als Freiwilliger auf in den Kampf in der Ukraine. Seinen Worten zufolge diente er als Kommandant einer Spezialeinheit der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk.

Er beschrieb den Ausbruch seiner Einheit aus einer Umzingelung bei der Ortschaft Logwinowo und erwähnte die Hilfe, die dazu aus Russland kam. „Zu Hilfe kamen unsere Panzer. Von Seiten der Volksrepublik Luhansk kamen die Panzer und russische Einheiten, Burjaten. Dank ihnen und Dank der schweren Technik wurde auch Debalzewe eingenommen, erklärte Sapozhnikow.

Er wies außerdem darauf hin, dass die russischen Soldaten vorab über die Verlegung in die umkämpften Gebiete innerhalb der Ukraine informiert waren: „Ich traf hier ausschließlich russische Vertragssoldaten. Bei Debalzewe lag eine burjatische Einheit, da waren also nur Burjaten. Sie sagten, dass sie natürlich wussten, wohin sie fuhren, doch offiziell sagten sie: Wir fahren zu Manövern. Sie erzählten, dass sie nachts in Waggons hergebracht wurden.“

Außerdem erklärte Sapozhnikow, dass die wesentlichen militärischen Operationen auf dem Gebiet der Ukraine von Generälen der russischen Armee befehligt werden. „Operationen, die so groß angelegt sind, wie die „Kessel“, werden von russischen Soldaten, russischen Offizieren geleitet. Sie machen die Pläne gemeinsam mit unseren Kommandeuren. Ich war oft beim Stab, um Bericht zu erstatten, und die Koordination läuft da ganz einfach. Sie planen das alles gemeinsam, bringen es in Gang und wir führen das aus“, erklärte der Kämpfer.

Aussagen eines burjatischen Panzersoldaten

[Bildunterschrift: Dorzhi Batomunkujew im Krankenhaus nach seiner Verwundung bei Debalzewe]

Ein weiterer direkter Beteiligter an den Kampfhandlungen hat die Anwesenheit russischer Truppen in der Ukraine bezeugt, der 20jährige Dorzhi Batomunkujew, Vertragssoldat der 5. Panzerbrigade (Ulan-Ude), Militäreinheit 46108, persönliche Nr. 200220, Wehrpass 2609999. Über seine Beteiligung an den Kämpfen im Donbass sprach er mit Elena Kostjutschenko,

einer Journalisten der Zeitung „Nowwaja Gaseta“, als er sich im Zentrum für Verbrennungsoffer des Bezirkskrankenhauses Donezk befand.⁴⁷

Batomunkujew wurde nach eigener Aussage am 19. Februar 2015 bei Debalzewe verletzt, als ukrainische Truppen aus dem Kessel ausbrechen wollten. Die Panzerbrigade, in der er diente, wurde in den Kampf gegen die Ukrainer geschickt, um die Positionen der Separatisten zu halten.

Der Soldat gab zu, dass er und seine Kameraden, bevor sie ins Donbass-Gebiet verlegt wurden, Maßnahmen zur Tarnung ergriffen, um die Zugehörigkeit zur russischen Armee zu verschleiern: „Schon in Ulan-Ude haben wir die Panzer anders angestrichen. Wir haben die Nummern übermalt, und wo auf einem Panzer ein Kennzeichen der Brigade war, wurde das auch übermalt. Die Abzeichen auf unseren Uniformen haben wir entfernt, als wir auf den Truppenübungsplatz kamen. Der Pass blieb bei der Einheit, der Wehrpass auf dem Truppenübungsplatz.“

„Uns wurde gesagt, dass wir zu Manövern unterwegs sind, doch wir wussten, wohin wir fahren. Wir wussten alle, wohin wir fahren“, erzählte Batomukujew. „Ich war schon moralisch und psychisch darauf vorbereitet, dass es in die Ukraine geht.“

„Putin ist ein sehr schlauer Mensch. Er sagt der ganzen Welt „da sind keine Soldaten“. Aber zu uns: los, los“, so bilanziert der russische Soldat seine Ausführungen.

[Fotos: Foto vom persönlichen Profil von Dmitri Sapozhnikov auf VKontakte, Elena Kostjutschenko/„Nowaja Gazeta“, <http://www.bbc.co.uk>]

Die Quellen Boris Nemzows

Anfang Februar 2015 kam jemand zu Boris Nemzow, der die Interessen von Leuten vertrat, deren Angehörige als russische Soldaten im Donbass umgekommen waren. Sie baten um Hilfe, um vom Verteidigungsministerium Entschädigungen für ihre Familien zu bekommen. Die Gesprächspartner Nemzows halfen dabei, chronologisch nachzuvollziehen, wie russische Truppen in die Ukraine kamen.

Nach ihren Angaben starben russische Soldaten in großer Zahl in zwei Perioden. Die erste Welle gab es im Sommer 2014, als die ukrainische Armee zum Angriff überging. Der Angriff kam direkt zum Erliegen, nachdem sich Teile der russischen Armee beteiligten. Dabei erlitten die russischen Kräfte Verluste. Ein wesentlicher Teil der umgekommenen russischen Soldaten lässt sich im Zusammenhang mit den Kämpfen um den Ort Ilowajsk feststellen. Nach vorsichtigen Schätzungen brachten die Leichentransporte „Grus-200“ nicht weniger als 150 Tote nach Russland zurück.

Diese Informationen ließen sich nicht verbergen und Journalisten beleuchteten die Lage. Erstaunlicherweise versuchten aber nicht nur die offiziellen staatlichen Stellen, die Recherchen zu behindern, sondern auch die Familien der umgekommenen Soldaten. Nach Angaben der Informanten von Boris Nemzow lässt sich das damit erklären, dass die Angehörigen als Entschädigung jeweils drei Millionen Rubel erhielten. Gleichzeitig

verpflichteten sie sich per Unterschrift zum Schweigen, unter Androhung von Strafverfolgung.

Die zweite Welle von Toten kam im Januar 2015 nach Russland. Nach unserer Schätzung starben in dieser Phase im Osten der Ukraine mindestens 70 russische Soldaten. Mindestens 17 russische Fallschirmjäger aus Iwanowo starben in der Ukraine (die handschriftlichen Notizen Nemzows dazu befinden sich im Besitz der Autoren dieses Berichts).

Die massenhafte Tot russischer Soldaten ging mit der Eskalation des Konflikts einher, insbesondere bei der Stadt Debalzewe. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Soldaten nun vor ihrer Verbringung in den Donbass offiziell auf Anordnung der Führung aus der Armee entlassen. Auf diese Weise sollte die Teilnahme unserer Truppen an den Kämpfen verheimlicht werden, in dem also nur Freiwillige erschienen. Die Kommandeure gaben ihr Ehrenwort, dass ihre Angehörigen im Fall von Verwundung oder Tod eine Entschädigung erhalten würden, die ebenso hoch sein sollte wie die, die im Sommer 2014 gezahlt wurde.

Tatsächlich aber erhielten die Angehörigen dieses Mal keinerlei Entschädigung. Es gab auch keine Möglichkeit, sich offiziell um diese Entschädigung zu bemühen, denn formell waren die umgekommenen Soldaten ja keine Armeeangehörigen mehr.

Die Angehörigen begannen, ihren Unmut auszudrücken und suchten Juristen auf, die ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte helfen sollten (deshalb gelangten die Informationen auch zu Boris Nemzow). Die Betroffenen wollten allerdings nicht öffentlich in Erscheinung treten, aus Angst wegen der Verschwiegenheitserklärung. Wie die Informanten Nemzows versicherten, zielte die scharfe Verfolgung der vielfachen Mutter Swetlana Dawydowa wegen Landesverrats darauf ab, diejenigen Angehörigen umgekommener Soldaten abzuschrecken, die darüber nachdachten, Kontakt zu Journalisten aufzunehmen. Jedenfalls nannte man den Familien der Umgekommenen diesen Fall oft als Beispiel und drohte mit juristischen Konsequenzen, sollten sie über die Umstände des Todes ihres Verwandten sprechen.

[Bildunterschrift: Notiz von Boris Nemzow, kurz vor seinem Tod]

Obwohl die versprochenen Summen nicht ausgezahlt wurden, gingen die Familien der getöteten Soldaten nicht an die Öffentlichkeit. Der Mord an Boris Nemzow überzeugte sie davon, lieber keine Forderungen an die russische Staatsmacht zu richten. Sie hatten Angst vor Strafverfolgung und Sorge um das eigene Leben.

„Wenn sie Nemzow vor den Mauern des Kremls erschossen haben, dann können sie mit unseren Klienten in Iwanowo das Gleiche tun. Niemand wird sie aufhalten“, so formulierte es ein Jurist, der die Interessen von Familien umgekommener Fallschirmspringer vertritt, gegenüber den Autoren dieses Berichts.

Kapitel 5. Freiwillige oder Söldner?

Reguläre Einheiten der russischen Streitkräfte haben wesentlich zu den Erfolgen der Separatisten in der Ostukraine beigetragen. Allerdings haben auch sogenannte „Freiwillige“ in den Reihen der bewaffneten Kräfte der Separatisten eine wichtige Rolle gespielt. Sie strömten ständig aus Russland ins Konfliktgebiet.

Vom Beginn der Unruhen in der Ukraine an gingen russische Staatsbürger dorthin, die entweder selbständig bewaffnete Gruppen bildeten oder sich bereits bestehenden Strukturen anschlossen. Darunter waren eine Reihe früherer Angehöriger russischer Geheimdienste sowie reguläre Soldaten, auch solche mit tatsächlicher Kampferfahrung aus anderen Brennpunkten oder Leute, die schon durch Straftaten aufgefallen waren. Häufig wurden diese Bürger zu Schlüsselfiguren in den Truppen der Separatisten wie zum Beispiel der ehemalige Geheimdienstoffizier Igor Girkin, der Veteran aus dem „Tschetschenienkrieg“ Arseni Pawlow (Spitzname Motorola), ebenso Alexander Mozhajew (Spitzname „Babaj“, in der Folklore ein Nachtgeist, der Kinder erschreckt), den die Staatsanwaltschaft von Krasnodar wegen versuchten Mordes angeklagt hat.

Söldner

[Foto: Jewgenij Feldman / „Nowaja Gaseta“]

Im August 2014 erklärte der Premierminister der „Volksrepublik Donezk“ Alexander Sachartschenko: „Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass es unter uns viele Russen gibt, ohne deren Hilfe es für uns viel schwerer wäre, zu kämpfen.“⁴⁸ Seinem Eingeständnis zufolge gehören zu den Separatisten 3-4000 russische Freiwillige.

Der Dumaabgeordnete Wjatscheslaw Tetekin, Mitglied des Verteidigungsausschusses, schätzte die Zahl der „Freiwilligen“, die an Kämpfen im Donbass teilnahmen oder immer noch teilnehmen auf 30.000 Mann. „Manche kämpften dort eine Woche, mache einige Monate. Nach Angaben der Führungen der Volksrepubliken von Donezk und Luhansk gab es während der Kämpfe etwa 30.000 Freiwillige“, erklärte er.⁴⁹ Eben dieser Abgeordnete brachte einen Gesetzentwurf zur Beratung ins Parlament ein, in dem den „Freiwilligen“ der Status von Teilnehmern an Kampfhandlungen zugebilligt werden sollte, mit allen dazu gehörenden Privilegien.⁵⁰

Anwerbung und Transfer der „Freiwilligen“ in den Donbass werden mit Hilfe von krenltreuen gesellschaftlichen Organisationen organisiert. Insbesondere der Vorsitzende des Verbandes der Russischen Veteranen, Franz Klinzewitsch, gleichzeitig Dumaabgeordneter der Partei „Einiges Russland“, hat seine Rolle dabei öffentlich bekannt gemacht.⁵¹

Wie die „Freiwilligen“ selbst bezeugen, sind häufige Auswahlpunkte für die künftigen Kämpfer die lokalen Kreiswehrrersatzämter in den russischen Städten.

[Die Anwerbung, Ausrüstung und der Transfer der „Freiwilligen“ in die Ostukraine erfolgt oft unter Beteiligung der russischen Staatsmacht.]

[Bildunterschrift: Alexander Mozhajew („Babaj“) und Kämpfer der „Volksrepublik Donezk“]

Ein russischer Staatsbürger, der in den Reihen der Separatisten im Donbass kämpft, hat im September im Einzelnen über den Auswahlprozess für „Freiwillige“ gesprochen.⁵² Nach seiner Aussage findet die Anwerbung für die Reihen der „Landwehr“ der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ durch die Kreiswehrrersatzämter der russischen Städte statt, außerdem durch Organisationen der Veteranen und Kosaken, die den zentralen Transfer der Kämpfer ins Konfliktgebiet organisieren. Bürger, die selbständig in die Ukraine fahren wollen, machen sich auf den Weg nach Rostow am Don, wo man ihnen das Geld für die Fahrkarte erstattet.

[Zitat: *Russische Kämpfer, die als „Freiwillige“ gegen die Ukraine kämpfen, erhalten 60-90.000 Rubel.*]

Vor allem im Gebiet Rostow gibt es Materiallager und ein System zur Vorbereitung der Kämpfer, bevor sie mit Waffen in der Hand in den Reihen der Separatisten auftauchen. Um welchen Frontabschnitt es geht und um welche Aufgaben erfahren sie erst unmittelbar vor dem Grenzübertritt, ebenso wie sie erst dann ihre militärische Ausrüstung erhalten.

Ein besonderes Kontingent von „Freiwilligen“ sind die ehemaligen Soldaten und Mitarbeiter der Sicherheitskräfte, also Leute, die Erfahrung im Umgang mit Waffen haben. Die Anwerber bemühen sich um Männer mittleren Alters. Junge werden nicht in erster Linie genommen, weil sie meist noch enge Bindungen zu Verwandten haben. Der Tod eines „Freiwilligen“ ist ein Risiko, weil etwa die Eltern ihre Unzufriedenheit äußern könnten.

Die russischen „Freiwilligen“ im Donbass werden bezahlt. Das Geld dafür kommt aus russischen Fonds, die mit aktiver Hilfe der russischen Staatsmacht gefüllt werden.

Nach den Angaben der Kämpfer liegt die durchschnittliche Entlohnung für einen „Freiwilligen“ bei 60.000 Rubel im Moment, allerdings „gibt es auch welche, die 80.000 oder 90.000 erhalten, Kommandeure auch mehr.“ Zum Vergleich: Der durchschnittliche Monatslohn in Russland lag nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung im Januar 2015 bei 31.200 Rubel.⁵³

Die Dauer ihres Einsatzes bestimmen die „Freiwilligen“ selbst, allerdings muss es mindestens ein Monat sein.

Ein wichtiges Zeugnis ist die Aussage eines Anwerbers für „Freiwillige“ aus Jekaterinburg. Er ist Vorsitzender des Fonds der Veteranen der Spezialeinheiten im Gebiet Swerdlowsk, Vladimir Jefimow. Er erklärte⁵⁴, dass die russischen „Freiwilligen“, die an den Kämpfen im Donbass teilnehmen, dafür Geld bekommen. „Es gibt Regeln für die Bezahlung: 60-90.000 Rubel pro Monat erhalten einfache Soldaten, 120-150.000 Rubel, wer eine leitende Funktion hat. Jetzt hört man, dass die Bezahlung auf bis zu 240.000 gestiegen ist“, erklärte Jefimow. Er teilte außerdem mit, dass „ein Kämpfer im Durchschnitt mit Ausrüstung und Bezahlung“ 350.000 Rubel im Monat kostet.

Weiterhin teilte Jefimow mit, dass russische Kämpfer unter anderem mittels sogenannter „humanitärer Operationen“ in die Ukraine gebracht werden. Es geht also darum, dass der militärische Einfall unter dem Deckmantel humanitärer Lieferungen erfolgt.

„Das erste Mal fuhren wir unter dem Zeichen des Roten Kreuzes. Wir bekamen von den örtlichen Einheiten Papiere, wonach wir zum Geleit gehörten. Als wir ankamen, blieben die Leute dort. Sie bekamen Waffen und militärische Aufgaben. Jetzt fahren wir sie auch mit Autos, die humanitäre Hilfe bringen“, erzählte Jefimow.

Der „Freiwillige“ Artjom aus St. Petersburg bezeugt⁵⁵, dass Menschen aus unterschiedlichen russischen Regionen ins Donbass-Gebiet gelangen. Vor Ort erhalten sie dann Ausrüstung und Uniform: „Manche haben ihre eigenen Sachen, wenn sie geeignet sind, doch normalerweise bekommen alle Armeekleidung ohne Kennzeichen und sogar ohne Etikett des Herstellers. Die Waffen sind alt, noch aus sowjetischen Beständen. Neuere Scharfschützengewehre, Maschinengewehre, die die ukrainischen Kräfte nicht haben, werden nicht ausgegeben“.

Der inzwischen geschlossene Regionalsender „TV-2“ aus Tomsk zeigte am 6. Dezember 2014 einen Beitrag über den Transfer von „Freiwilligen“ aus der Region, die in den Krieg nach Luhansk führen. Die Reportage wurde vom Abfahrtsort des Busses aus gemacht. Den Transfer organisierte die allrussische Union der Afghanistan-Veteranen. Nach Angaben des Leiters der lokalen Gruppe dieser Organisation, Michail Kolmakow, werden ähnliche Transfers in den Donbass in verschiedenen sibirischen Städten organisiert. Die Freiwilligen aus Tomsk wurden mit Geld ausgerüstet, das von Spendern stammte, die die Organisatoren des Transfers aber nicht nennen wollten.⁵⁶

Die gesammelten Beweise zeigen, dass ein wesentlicher Teil der russischen Kämpfer im Donbass in organisierter Weise auf das Territorium der Ukraine gebracht wurde, dass sie eine entsprechende Vorbereitung durchliefen, dass die materiellen Mittel dafür vorhanden waren und dass die „Freiwilligen“ selbst eine Bezahlung für die Teilnahme an den Kampfhandlungen erhielten. Darin lassen sich Hinweise auf Verbrechen erkennen, gemäß Paragraph 359 des russischen Strafgesetzbuches. Die geltende russische Gesetzgebung lässt die sogenannten russischen Freiwilligen im Donbass als Söldner erscheinen. Im Strafgesetzbuch der russischen Föderation heißt es: „Ein Söldner ist eine Person, die mit dem Ziel materiellen Gewinns handelt und die nicht Bürger eines Staates ist, der an einem bewaffneten Konflikt oder Krieg beteiligt ist, der nicht ständig auf dessen Territorium lebt, außerdem eine, die mit der Ausführung offizieller Pflichten beauftragt ist“.⁵⁷

[Zitat: Die geltende russische Gesetzgebung erlaubt es, die „Freiwilligen“ im Donbass Söldner zu nennen.]

Im Übrigen belangen die russischen Strafverfolgungsorgane nur diejenigen russischen Staatsbürger, die auf Seiten der ukrainischen Kräfte an den Kämpfen teilnehmen. So wurde im Oktober 2014 ein Verfahren gegen Roman Zhelesnow aus Moskau eröffnet, der im ukrainischen Bataillon „Asow“ kämpfte.⁵⁸ Die Kämpfer, die hingegen in den Reihen der Separatisten dienten, haben in Russland kein Problem mit dem Gesetz. Der russische Präsident Vladimir Putin erklärte⁵⁹, dass „Menschen, die dem Ruf ihres Herzens folgen und ihre Pflicht erfüllen“, indem sie an Kampfhandlungen teilnehmen, nicht als Söldner angesehen werden könnten.

„Kadyrowcy“

Eine bedeutende Rolle in den bewaffneten Kräften der Separatisten spielt der Nachschub an Bewaffneten, der aus der Tschetschenischen Republik Russlands in die Ukraine kommt. Diese Leute bezeichnen sich als Anhänger des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, als „Kadyrowcy“, und stammen oft aus den von ihm kontrollierten Machtstrukturen.

Am 16. Dezember 2014 erklärte sich Ramsan Kadyrow öffentlich dazu bereit, selbst in das ostukrainische Konfliktgebiet zu fahren und persönlich an den Kämpfen teilzunehmen. „Ich

beabsichtige, den Präsidenten zu bitten, mich von meinen Pflichten zu entbinden, damit ich ins Donbass-Gebiet fahren kann, um diejenigen Bürger zu schützen, die heute dort kämpfen. Um genau solche wie diese Teufel zu jagen und zu vernichten, denn sie haben weder Ehre noch gewissen“, sagte er im Sender NTV.⁶⁰

Allerdings kam Kadyrow nicht selbst in die Ukraine. Die gesammelten Beweise zeigen aber, dass Kämpfer, die innerhalb seiner Machtstrukturen ausgebildet wurden, an den Auseinandersetzungen im Donbass teilnahmen. Die ersten Gruppen dieser Kadyrowcy, die ins Konfliktgebiet gelangten, schlossen sich dem Bataillon „Wostok“ der Separatisten an. Kommandeur Alexander Chodakowski sagte am 1. Juni 2014, dass im Frühling unter seiner Führung Tschetschenen, die aus Russland gekommen waren, gegen die ukrainischen Truppen kämpften.⁶¹

Schon zuvor gab es einen Beweis für die Anwesenheit bewaffneter tschetschenischer Kämpfer auf dem Gebiet der Ukraine. Am 26. Mai 2014 wurde ein Video veröffentlicht, das bei einem Treffen von Anhängern der „Volksrepublik Donezk“ in der Stadt Donezk aufgenommen worden war. Auf einem Platz hielt ein Lastwagen, auf dem sich etwa 20 mit Maschinengewehren bewaffnete Leute befanden, offensichtlich kaukasischer Herkunft. Im Gespräch mit einem Korrespondenten von CNN⁶² sagte einer von ihnen: „Wir sind Kadyrowcy.“ Auf Nachfrage des Journalisten fügte er hinzu, dass er früher Mitglied der tschetschenischen Sicherheitsorgane gewesen sei.

[Bildunterschrift: Der russische Präsident Putin mit dem Kopf der Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow]

Am 26. Mai wurde auch ernsthafte Verluste unter den tschetschenischen Kämpfern auf Seiten der Separatisten bekannt. An diesem Tag hatte eine Einheit der „Volksrepublik Donezk“ einen Angriff auf den Flughafen von Donezk geführt, den ukrainische Kräfte kontrollierten. Bei den Kämpfen wurden zwei Lastwagen vom Typ „KamAZ“ zerstört, die Kämpfer transportierten. Die Teilnahme von Tschetschenen an diesen Auseinandersetzungen bezeugte vor allem der Arzt Denis Kloss, der zur Unterstützung der Separatisten aus dem Autonomen Kreis der Tschuktschen in Russland gekommen war. „Ich war mit verwundeten Tschetschenen auf dem zweiten Lastwagen. Wir fuhren auf eine Mine, es riss uns herum, ein Rad wurde abgerissen. Dann begann der Beschuss, wir hielten Autos an, um die Verwundeten ins Krankenhaus zu bringen“, erzählte er.

[Zitat: *Der nächste massenhafte Zustrom von tschetschenischem Nachschub kam im August 2014 in den Donbass.*]

Der Premierminister der „Volksrepublik Donezk“, Alexander Borodaj erklärte, dass unter den am 26. Mai Umgekommenen auch 33 russische Staatsbürger waren. Borodaj betonte, dass in den Reihen der Kämpfer gebürtige Tschetschenen seien, bereit, „ihre russischen Brüder zu verteidigen“.⁶³ Der Bürgermeister von Donezk, Alexander Lukjantschenko, fügte hinzu, dass nach den Kämpfen am Flughafen 43 Verwundete ins Krankenhaus gebracht wurden, die unter anderem aus den tschetschenischen Städten Grosny und Gudermes stammten.⁶⁴ Nach Aussage von Kloss führte das dazu, dass die Kadyrowcy nach der erfolglosen Schlacht um den Flughafen von Donezk und nach den empfindlichen Verlusten „mit diesem Krieg weiter nichts zu tun haben wollten und nach Tschetschenien zurückkehrten“.⁶⁵ Das bestätigte am 1. Juni 2014 auch Alexander Chodakowski: Er sagte, die Tschetschenen seien „weggefahren und nahmen ihre Verwundeten mit“.

Der nächste massenhafte Zustrom von tschetschenischem Nachschub kam im August 2014 in den Donbass, als großangelegte Operationen der russischen Armee begannen, die den Angriff der ukrainischen Kräfte auf die Stellungen der Separatisten stoppen sollten.

Am 29. August 2014 wurde ein Video veröffentlicht, das von einem tschetschenischen Kämpfer an der russisch-ukrainischen Grenze vor dem Einmarsch aufgenommen wurde. Darin ist ein Gespräch der Kämpfer auf tschetschenisch festgehalten und es ist eine Kolonne mit Panzern und anderer Militärtechnik zu sehen: „Da ist unsere Kolonne, man sieht den Anfang nicht, man sieht das Ende nicht und wir sind auf den Einmarsch vorbereitet. Allahu Akbar!“, sagt ein Kämpfer in die Kamera. „Hier sind auch tschetschenische Kameraden. Diese Panzersoldaten, das sind Tschetschenen.“ „Wir ziehen in diesen Krieg, um diese Ukrainer auf der ganzen Welt zu zerschmettern. Inshallah!“, antwortet ein Kämpfer mit Sonnenbrille, der aus der Luke eines Panzers schaut.⁶⁶ Nach der Veröffentlichung dieses Videos richtete Boris Nemzow eine offizielle Anfrage an den russischen Geheimdienst FSB und an die Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation mit der Forderung, Untersuchungen zum illegalen Grenzübertritt Bewaffneter aufzunehmen. Allerdings hat keines der Organe dem Politiker geantwortet.

[Dokument: Die Politische Partei „Republikanische Partei Russlands – Partei der Freiheit des Volkes“

An den Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes A.V. Bortnikow

Wie aus den Massenmedien zu erfahren war, hat eine Gruppe bewaffneter Personen aus der Republik Tschetschenien in der Nacht auf den 27. Mai 2014 illegal die russisch-ukrainische Grenze überquert. Die Gruppe führte eine große Menge von Schusswaffen und andere Kampftechnik mit sich.

Der russische Grenzschutz unternahm nichts, um die Bewaffneten aufzuhalten. Wie Herr Kadyrow erklärte, haben diese Personen keine Verbindung zu Armeeangehörigen und Mitarbeitern des tschetschenischen Innenministeriums, sondern es handelt sich um eine selbständig gebildete illegale bewaffnete Formation. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde die Strafverfolgung wegen des illegalen Übertritts der Grenze der Russischen Föderation eingeleitet? (Paragraph 322 Strafgesetzbuch)
2. Wurde die Strafverfolgung wegen des Schmuggels von Waffen und Kampfmateriale eingeleitet? (Paragraph 188 und 226.1 Strafgesetzbuch)
3. Wurde die Strafverfolgung wegen illegalen Tragens von Schusswaffen eingeleitet? (Paragraph 222 Strafgesetzbuch)

Der Co-Vorsitzende der politischen Partei „Republikanische Partei Russlands – Partei der Freiheit des Volkes“ B.E. Nemzow]

[Unterschrift: Anfrage Boris Nemzows an den Direktor des FSB Alexander Bortnikow]

[Zitat: „Wir ziehen in den Krieg, um diese Ukrainer auf der ganzen Welt zu zerschmettern. Inshallah!“]

Am 30. August wurde ein Video veröffentlicht, ebenfalls von einem der Kadyrowcy aufgenommen, und zwar während der „Säuberungen“ in der Stadt Horliwka. Es ist zu sehen, wie ein Gruppe Bewaffneter in voller Montur durch eine Straße geht und sich in einem Mischmasch aus russisch und tschetschenisch unterhält. „Eine Säuberungsgruppe“, kommentiert der Filmende, der die Handlungen der Kämpfer mit der Kamera festhält.⁶⁷

Nach der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung von Minsk am 5. September 2014 blieb ein wesentlicher Teil der Kadyrowcy im Donbass, unter Führung der Separatisten. Beweise für die Anwesenheit der bewaffneten Tschetschenen in den Reihen der Separatisten erschienen weiterhin in schöner Regelmäßigkeit.

[Bildunterschrift: Tschetschenische Kämpfer im Donbass]

[Bildunterschrift: Auf dem Foto links der Kommandeur des tschetschenischen Bataillons „Smert“ (Tod) Apti Bolotchanow.]

Am 12. Dezember 2014 wurde ein Interview mit einem tschetschenischen Kämpfer veröffentlicht⁶⁸, der den Spitznamen „Talib“ trug. Er kämpfte im Donbass in den Reihen der Separatisten und bedrohte den ukrainischen Abgeordneten Igor Mosejtschuk mit dem Tod, weil er Ramsan Kadyrow beleidigt hatte. „Er ist ein Toter, er hat sein Todesurteil unterschrieben“, erklärte der Tschetschene. „Wir Kadyrowcy helfen hier dem slawischen Volk“, fügte er hinzu.

Am 19. November 2014 tauchten Beweise in Form von Dokumenten auf, die zeigten, dass sich im Donbass ein eigenes tschetschenisches Bataillon gebildet hatte: „Smert“ (Tod), zusammengesetzt aus Veteranen der Machtstrukturen Ramsan Kadyrows. Die Korrespondentin Marina Achmedowa, die für „Russki Reporter“ arbeitete, veröffentlichte Erklärungen⁶⁹ der Kommandeure des Bataillons, die in ihrem Basislager im Bezirk Donezk entstanden. Die Kämpfer dieses Bataillons nahmen insbesondere an den Schlachten um den Donezker Flughafen und die Stadt Ilowajsk teil. Zu ihnen gehörten, nach Aussage ihrer Kommandeure, „90 Prozent ehemalige Separatisten“, die gegen die russische Armee gekämpft hatten, doch „durch eine Amnestie“ Waffen bekommen hatten und anschließend bewaffnete Strukturen bildeten, die von Ramsan Kadyrow kontrolliert wurden.

[Zitat: *Bis zu 70 Prozent der Kämpfer waren früher bei Spezialeinheiten, waren Soldaten der russischen Armee oder der russischen Sicherheitsdienste.*]

Die Identität eines Kommandeurs des Bataillons konnte festgestellt werden: Apti Denisoltanowitsch Bolotchanow. Er hat den Rang eines Majors des russischen Innenministeriums, im Februar 2008 wurde er nach einem Erlass Kadyrows mit der Medaille „Für Verdienste für die Republik Tschetschenien“ ausgezeichnet.

Am 10. Dezember 2014 wurde ein Video veröffentlicht, das zeigt, wie das Bataillon „Smert“ ins Donbass-Gebiet gelangt. Einer der Kommandeure mit Spitznamen Stinger erklärt⁷⁰, dass das Bataillon aus „etwa 300 Kämpfern aus dem Gebiet Donezk“ besteht, mit minimaler Kampferfahrung: zehn Jahre. Nach seinen Worten waren bis zu 70 Prozent der Kämpfer früher bei Spezialeinheiten waren, wobei die meisten von ihnen staatliche Auszeichnungen tragen. „Wir sind Soldaten der russischen Armee und der russischen Sicherheitsdienste, vor allem sind wir Kriegsveteranen“, betonte ein Kämpfer.

Ebenfalls im Herbst 2014 kamen Informationen über eine andere tschetschenische Gruppe, die in der Ostukraine gegen die ukrainische Armee kämpfte, an die Öffentlichkeit. Es ist die Einheit eines Kämpfers mit dem Spitznamen „Diki“ (der Wilde). Im Dezember 2014 wurde ein Video mit ihm veröffentlicht.⁷¹ Seiner Aussage zufolge hat die Einheit ihre Basis in der Stadt Krasnodon und gewährleistet die dortigen Patrouillen. Der Kämpfer erklärte, dass er sich über einen Besuch Ramsan Kadyrows im Donbass freuen würde: „Wenn er herkommt, dann reichen uns drei Monate, um hier Ordnung zu schaffen. Wir würden uns freuen, wenn er kommt.“

Am 7. Januar 2015 erzählten Diki und seine Kämpfer in einem Video weitere Einzelheiten über ihre Gruppe.⁷² Diki sagte, in seiner Abteilung befänden sich „im wesentlichen Tschetschenen“. Die Gruppe habe insbesondere an den Kämpfen um die Stadt Krasnodon und Schastje teilgenommen.

Kapitel 6. Grus-200

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass erhöhten jeden Tag die Zahl der Opfer auf beiden Seiten. Im April 2015 zählte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit der UNO 6108 Tote in der Konfliktzone, wobei festgestellt wurde, dass diese Daten „vorsichtig“ zu bewerten sind und keine Informationen über Umgekommene im Verlauf der Zuspitzung der Lage im Januar und Februar 2015 beinhalten.⁷³

Vom Beginn des Konflikts an bemühten sich die russischen staatlichen Stellen, Angaben über umgekommene Bürger Russlands auf dem Gebiet der Ukraine zu verheimlichen, umso mehr, wenn es um Soldaten unseres Landes ging, die an den Kämpfen dort teilgenommen haben. Allerdings war es unmöglich, diese Informationen völlig zurückzuhalten.

So veröffentlichte am 2. Juni 2014 die Fotojournalistin Maria Turtschenkowa eine Reportage⁷⁴ dazu, wie ein mit „Grus-200“ gekennzeichnete Transport die ukrainisch-russische Grenze überquerte. Er brachte die Leichname von 31 russischen Bürgern in die Heimat zurück, die im Mai beim Sturm auf den Flughafen von Donezk gestorben waren. Dass es sich um russische Staatsbürger handelte, bestätigte insbesondere der Führer der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk Alexander Borodaj. Das war in der Tat die erste dokumentierte Bestätigung dafür, dass Bürger der Russischen Föderation am Krieg im Donbass teilnahmen.

Abgesehen von den Särgen konnte Turtschenkowa auch einige Akten fotografieren, die aus dem Donezker Büro für gerichtsmedizinische Gutachten stammten und sich mit dem Tod der Russen befassten, deren sterbliche Überreste man über die Grenze gebracht hatte.

Unter den Toten befand sich auch Juri Fjodorowitsch Abrosimow, geboren 1982. Dokumentiert ist auch der Tod von Sergej Borisowitsch Zhdanowitsch, geboren 1966, bekannt als Ausbilder des Zentrums für Sonderaufgaben des FSB im Ruhestand, Veteran der Kriege in Afghanistan und Tschetschenien. Kurz vor seinem Tod in Donezk durchlief er eine Vorbereitung in einem Trainingslager im Gebiet Rostow.

[Bildunterschrift: Akte über den Tod eines russischen Kämpfers in der „Volksrepublik Donezk“, umgekommen am Flughafen von Donezk.]

[Foto: Maria Turtschenkowa]

Informationen über russische Soldaten, die im Donbass umkamen, wurden lange zurückgehalten. Die militärische Führung Russlands erklärte die Todesfälle damit, dass die Soldaten bei Manövern im Gebiet Rostow umgekommen seien. Die Familien der Umgekommenen versuchten auch nicht, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vorfälle zu lenken. Wie Boris Nemzow von Informanten erfuhr, erhielten die Angehörigen der Soldaten, die 2014 umkamen, eine große finanzielle Entschädigung, außerdem unterschrieben sie Schweigeverpflichtungen.

Die ersten Beweise zu russischen Soldaten, die auf ukrainischem Territorium umgekommen waren, veröffentlichte der Abgeordnete Lew Schlosberg. Er erklärte⁷⁵, dass am 25. August 2014 bei Pskow, auf dem Dorffriedhof von Wybuty zwei Soldaten beigesetzt wurden: Leonid

Jurjewitsch Kitschatkin (30.9.1984 – 19.8.2014) und Alexander Sergejewitsch Osipow (15.12.1993 – 20.8.2014).

Am Vorabend der Beerdigungen berichtete die Ehefrau Leonid Kitschatkins im sozialen Netzwerk „VKontakte“: „Das Leben ist stehen geblieben!!!!!!“, „Ljonja ist tot, die Beerdigung ist am Montag um 10 Uhr, Abschied in Wybuty. Wer sich von ihm verabschieden will, kommt, wir freuen uns, alle zu sehen“. „Am Montag um 11 Uhr in Wybuty Beisetzung...“.

Jedoch wurden diese Einträge bald gelöscht und stattdessen erschien ein Eintrag darüber, dass Kitschatkin am Leben sei: „Mein Mann lebt, ist gesund und jetzt feiern wir die Taufe unserer Tochter“⁷⁶.

Die erste Nachricht stellte sich als wahr heraus. Davon zeugen auch die Gräber Fallschirmjäger Leonid Kitschatkin und Alexander Osipow aus Pskow.

Verteidigungsminister Sergej Schojgu und der Kommandeur der Luftlandetruppen Vladimir Schamanow bekräftigten, dass die 76. Division nicht an Kampfhandlungen in der Ukraine teilgenommen hätten und es entsprechend auch keine Verluste durch Kämpfe gegeben habe. Eine Woche vor den Beisetzungen zeichnete Vladimir Putin Angehörige dieser Division mit dem Suworow-Orden aus, „für die erfolgreiche Erfüllung von Kampfaufgaben beim Kommando und den dabei gezeigten persönlichen Einsatz, Mut und Heldenhaftigkeit“.⁷⁷

[Infokasten mit Gesprächsabschrift] Kurz darauf veröffentlichte Lew Schlosberg neue Beweise, die ihm vorlagen: dechiffrierte Gespräche zwischen Soldaten nach dem Abzug aus der Kampfzone.

Stimme 2: Wieviele Leute sind gestorben...?

Stimme 1: Also ...

Stimme 2: Weißt du das überhaupt? Also 40, 50, 100 oder was?

Stimme 1: 80.

Stimme 2: 80?

Stimme 1: Aha. ... Das ist zusammen mit denen aus Tscherjocha...

Stimme 2: Das ist eine Rotte?

Stimme 1: Das ist zusammen mit denen aus Tscherjocha, mit denen aus Promezhicy, alles zusammen.

Stimme 2: Weil es schon Gerüchte gab, ... , dass da 140, ...

Stimme 1: Ja? Kann sein.

Stimme 2: Also, mit Pskow.

Stimme 1: Ich weiß nicht, das ist mit Promezhicy, mit Tscherjocha, mit allen.

Stimme 2: Also warte, schau, ... , wie soll man jetzt zählen, wer lebt, wer ist tot?

Stimme 1: Die Listen. Also auf der Liste sind zehn von uns am Leben geblieben.“*

*Audiomitschnitt von Gesprächen zwischen russischen Soldaten, veröffentlicht von Lew Schlosberg]

Kurz darauf veröffentlichte Lew Schlosberg neue Beweise, die ihm vorlagen: dechiffrierte Gespräche zwischen Soldaten nach dem Abzug aus der Kampfzone.⁷⁸ Nach der Veröffentlichung dieser Materialien wurde Lew Schlosberg überfallen und schwer verletzt.⁷⁹

[Foto: Screenshot aus dem persönlichen Profil von Leonid Kitschatkin bei VKontakte, Foto aus dem persönlichen Profil von Ilja Wasjunin bei Facebook]

Am 29. August wurde der Tod des Fallschirmjägers Nikolaj Buschin aus Uljanowsk auf dem Gebiet der Ukraine bekannt. Das teilte seine Mutter dem Fernsehsender „Dozhd“ mit.⁸⁰ Buschin diente in der militärischen Einheit 73612, die ständig in Uljanowsk stationiert war. Er war stellvertretender Kommandeur des 4. Zugs der 4. Rotte der 31. Luftlandebrigade. Vermutlich starb er am 26. August 2014. Im sozialen Netzwerk „VKontakte“ schrieben seine Kollegen, die für die Angehörigen Nikolajs sammelten, dass er „beim Schutz der Grenzen unserer Heimat“ gestorben sei. Wichtig ist, dass am Tag vor dem Tod Buschins zwei Kameraden aus seiner Division als ukrainische Gefangene auftauchten: Ruslan Achmetow und Arseni Ilmitow.

Weitere Mitteilungen über russische Soldaten, die in der Ukraine umkamen, konnten die Journalisten von RBK sammeln.⁸¹ Die meisten Getöteten dienten in fünf Abteilungen der Luftlandetruppen, die zu den russischen Friedenstruppen mit insgesamt 5.000 Mann gehören.

Hier die bestätigten Angaben über die Getöteten:

Aus der 31. Luftlandebrigade, die im Gebiet Uljanowsk stationiert ist, starben die beiden Vertragssoldaten Inur Kiltshinbajew aus dem Dorf Almjasowo und Alexander Beloserow aus dem Ort Nowaja Majna. Nach Angaben von Verwandten führen sie zu Manövern ins Gebiet Rostow und starben am 25. August.

Aus der 98. Luftlandedivision, die in den Gebieten Iwanowo und Kostroma stationiert sind, starben die Vertragssoldaten Sergej Selenew (beerdigt am 2. September in Wladimir) und Andrei Piliptschuk aus dem Gebiet Kostroma. Die Friedhofsverwaltung von Kostroma berichtete RBK von der Beisetzungen dreier „in der Ukraine“ getöteter Soldaten aus Kostroma, nämlich Sergej Gerasimow, 26 Jahre alt, Alexei Kajanow, 32 Jahre alt, und Jewgeni Kamenow, 27 Jahre alt, die am 24. und 25. August bzw. am 3. September starben.

[Zitat: *Die Angehörigen der 2014 umgekommenen Soldat erhielten eine große Entschädigung und unterschrieben Verschwiegenheitserklärungen.*]

Die 76. Luftlandedivision ist im Gebiet Pskow stationiert. Außer Leonid Kitschatkin und Alexander Osipow, über die Schlosberg berichtete, schrieb RBK über den Tod von Anton Korolenko (Woronezh), Dmitri Ganin (Orenburg) und Maxim Mesenzew (Komi).

Aus der 7. Luftlandedivision, Noworossijsk, starb Nikolaj Scharaborin aus Tschita.

Aus der 106. Luftlandedivision, stationiert im Gebiet Rjasansk, starb ein Fallschirmjäger mit dem Familiennamen Maksutow.

Verluste im Donbass erlitten auch die motorisierten Infanteriebrigaden: die 21. aus dem Gebiet Orenburg, die 9. aus Nizhnij Nowgorod sowie die 17. und 18. aus Tschetschenien. Die lokalen Medien schrieben darüber, dass die Infanteristen Wadim Larionow, Konstantin Kusmin, Marcel Araptanow, Wasilij Karasajew, Armen Dawojan und Alexander Woronow entweder „an der Grenze zur Ukraine“ oder während Manöver im Gebiet Rostow gestorben seien.

[Bildunterschrift: Die Leichname von Russen, die im Donbass starben, kehren in Lastwagen mit der Kennzeichnung „Grus-200“ in die Heimat zurück.]

[Foto: Maria Turtschenkowa]

Über die Beerdigung des Rekruten Wasilij Karawajew berichtete die Zeitung „AiF-Prikame“.⁸² Er wurde am 5. September in das Dorf Kuwa im Kreis Kudymkarski gebracht. Einige Tage zuvor veröffentlichte Nadezhda Otinowa in einem sozialen Netzwerk einen Eintrag, wonach ihr Cousin, der 20jährige Wasilij Karawajew, während eines Bombardements in Donezk am 21. August verletzt wurde. Fünf Tage später starb er daran in einem Hospital im Gebiet Rostow.

Über die Opfer unter den russischen Soldaten im Donbass berichteten zwei Mitglieder des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten, Ella Poljakowa und Sergej Kriwenko. Ihnen zufolge starben über 100 Soldaten.⁸³ Es handelte sich um russische Fallschirmjäger, die am 13. August unweit der Stadt Snezhnoje im Gebiet Donezk unter Beschuss gerieten.

Lew Schlosberg richtete am 16. September 2014 als Abgeordneter eine Anfrage an die Militärstaatsanwaltschaft, in der er nach dem Schicksal der Soldaten aus der 76. Pskower Division fragte. In dieser Anfrage nennt Schlosberg zwölf Namen von Fallschirmjägern, deren Tod und Beisetzung sicher nachvollziehbar sind, doch die Umstände ihres Todes nicht. Es geht um Soldaten verschiedener Einheiten, die alle zur 76. Pskower Division gehörten: Alexander Baranow, Sergej Wolkow, Dmitri Ganin, Wasilij Gerasimtschuk, Alexei Karpenko, Tleuzhan Kinibajew, Leonid Kitschatkin, Anton Korolenko, Alexander Kulikow, Maxim Mesenzew, Alexander Osipow und Iwan Sokol.⁸⁴ In der Antwort hieß es⁸⁵, dass die Umstände des Todes der Soldaten feststehen, dass sie außerhalb des Ortes der ständigen Stationierung starben, dass die Staatsanwaltschaft keine Gesetzesverletzungen der Armee festgestellt hat, dass die Familien der Verstorbenen soziale Unterstützung erhalten und das weitere Auskünfte nicht möglich seien, weil es dabei um Staatsgeheimnisse gehe.

Am 27. Januar 2015 richtete auch Boris Nemzow eine offizielle Anfrage an die russische Generalstaatsanwaltschaft. Er forderte die Überprüfung von Informationen über den Tod russischer Soldaten in der Ukraine. Einen Monat später wurde Boris Nemzow ermordet und die Staatsanwaltschaft hat auf seine Anfrage nicht geantwortet.

[Dokument: Die Politische Partei „Republikanische Partei Russlands – Partei der Freiheit des Volkes“

An den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation J. J. Tschajka

Sehr geehrter Juri Jakowlewitsch!

Im vergangenen halben Jahr erschienen in verschiedenen Massenmedien Berichte über die Teilnahme russischer Soldaten an Kampfhandlungen in der Ukraine. Vor allem die Ausgabe

der Zeitung „Pskowskaja Gubernija“ Nr. 33 (705) vom 26. August – 2. September 2014 berichtete über die Beisetzung zweier russischer Fallschirmjäger, die offenbar bei Kämpfen in der Ukraine ums Leben gekommen waren. Die gleiche Zeitung bietet in ihrer Ausgabe vom 3. September die Abschrift eines Gesprächs zwischen zwei Männern über Kampfhandlungen in der Ukraine und darüber, wie hoch die Verluste der russischen Streitkräfte gewesen seien. Die Zeitung schreibt, es handele sich um ein Gespräch zwischen zwei Fallschirmjägern der 76. Luftlandedivision.

In den Veröffentlichungen von RBK vom 2. Oktober 2014 ist von gefallenem, verwundeten und vermissten russischen Soldaten in der Ukraine zu lesen, wobei die meisten aus fünf Teilen der Luftlandetruppen stammen, die zu den russischen Friedenstruppen gehören. (Der Bericht ist im Internet zugänglich:

<http://top.rbc.ru/politics/02/10/2014/542c0dcfcbb20f5d06c1d87a>).

Über russische Soldaten berichtet auch der Fernsehsender „Dozhd“ in einer Reportage über in der Ukraine gefangen genommene Fallschirmjäger aus Kostroma und über getötete Soldaten aus Uljanowsk. (Quelle:

http://tvrain.ru/articles/ekskljuziv_nam_skazali_chno_my_na_uchenijah_a_na_uchenijah_poj_mite_my_streljajem_po_kartonkam_a_ne_po_zhivym_ljudjam_intervju_s_zaderzhannymi_de_santnikami-374751 und

http://tvain.ru/articles/dvoe_pogibshih_i_dvoe_zaderzhannyh_chno_proishodit_s_uljanovskim_i_desantnikami-374755).

Ein ausführlicher Bericht über russische Soldaten in der Ukraine erschien im Journal Esquire am 26. Dezember 2014. Die Autoren haben Tag für Tag den Weg nachvollzogen, den der Fallschirmjäger Nikolaj Koslow bei seinen Kämpfen zurücklegte. Er wurde bei seinem Einsatz verwundet (Quelle: <http://esquire.ru/300>).

Eine ausführliche Erzählung des russischen Soldaten und Angehörigen des Sicherheitsdienstes GRU veröffentlichte die russischsprachige Ausgabe der lettischen Zeitung „Spektr“. Darin wird berichtet, dass der Dienst GRU im Sommer eine ganze Reihe bewaffneter Operationen in der Ukraine ausführte (Quelle:

<http://vk.com/away.php?to=http%3A%2F%2Fspektr.delfi.lv%2Fnovosti%2Fruskij-specnaz-rabotajut-tut-rasskaz-kontraktnika-ob-operaciyah-na-ukraine.d%3Fid%3D45387620%23ixzz3OYQ3pG6>).

Ein Interview mit russischen Soldaten, die anonym blieben, hat auch das Journal Newsweek veröffentlicht. Einer der darin erwähnten russischen Fallschirmjäger, dessen Dienstort genannt ist, sagt, er sei davon überzeugt gewesen, zu einem Manöver zu fahren. Tatsächlich nahm er aber an Kämpfen in der Ukraine teil (Quelle:

<http://newsweek.com/2014/09/19/russian-soldiers-reveal-truth-behind-putins-secret-war-269227.html>)

Auf der Grundlage von Teil 2, Paragraph 144 der Strafprozessordnung „Über die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation“ vom 17. Januar 1992 N 2202-1 und in Übereinstimmung mit dem Gesetz zum Umgang mit Beschwerden von Bürgern vom 2.5.2006 N 59 bitte ich um die Prüfung der Glaubwürdigkeit der Informationen aus den Massenmedien. Im Falle ihrer Glaubwürdigkeit, müssten die in den Massenmedien erwähnten Handlungen, die die Soldaten öffentlich gemacht haben, hinsichtlich des Gesetzes „Über Pflichten im Krieg und Kriegsdienst“, dem Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation „Über die

Durchführung der Wehrpflicht“, der Charta der Vereinten Nationen und der UNO-Konvention „Zur Definition einer Aggression“ und anderen internationalen Abkommen untersucht werden.

Sollten sich die Informationen als glaubwürdig erweisen, bitte ich außerdem zu prüfen, inwiefern darin Anhaltspunkte für Straftaten gemäß folgender Paragraphen des Strafgesetzbuchs vorliegen: 337 (eigenmächtiges Entfernen von der Einheit oder dem Einsatzort), 338 (Desertion), 353 (Planung, Vorbereitung, Beginn oder Durchführung eines Angriffskriegs), 359 (Söldnerwesen), 348 (Verlust von Kriegsgerät), 356 (Anwendung verbotener Mittel und Methoden der Kriegsführung).

Der Co-Vorsitzende der politischen Partei „Republikanische Partei Russlands – Partei der Freiheit des Volkes“ B.E. Nemzow]

[Unterschrift: Schreiben Boris Nemzows an den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation mit der Forderung nach Überprüfung von Informationen über die Teilnahme russischer Soldaten an Kämpfen in der Ostukraine]

Kapitel 7. Der Militärmarkt des Vladimir Putin

Vor Journalisten bestritt Putin am 4. März 2014 die Beteiligung russischer Soldaten an der Blockade ukrainischer Einheiten auf der Halbinsel Krim. Der Präsident sagte, das hätten ausschließlich „die Kräfte der lokalen Selbstverteidiger“ getan. Die Uniformen, die der russischen ähnelten, erklärte er damit, dass man sie frei in Geschäften kaufen könne. Solche Uniformen, so der Präsident, könne man in jedem Militärmarkt bekommen.⁸⁶

Ein Jahr später widersprach der Präsident öffentlich seinen eigenen Worten und bestätigte die Teilnahme russischer Soldaten an der Blockade von Objekten auf der Krim vor dem Referendum über den Anschluss an Russland.⁸⁷ Das geflügelte Wort vom „Militärmarkt Putins“ ist bis heute weiter in Gebrauch, wenn es darum geht, dass seit Frühjahr 2014 in der Ostukraine massenhaft russische Waffen und andere Kriegstechnik auftaucht, die gegen die ukrainischen Kräfte eingesetzt wird. Heute verfügen die sogenannten „Landwehrmänner von Donezk“ über ein breit gefächertes Sortiment an Waffen, darunter auch Panzer, Selbstfahrlafetten, Raketenwerfer und die unterschiedlichen Schusswaffen. Von offizieller russischer Seite wird bestritten, dass Kriegstechnik in den Donbass gelangt. Die Separatistenführer erklären, bei den Waffen der sogenannten „Landwehr“ handele es sich um Trophäen, die im Kampf mit der ukrainischen Armee erbeutet worden seien.⁸⁸ Doch die gesammelten Informationen widerlegen das.

Der Beweis, dass Waffen, die sich in den Händen der Separatisten befinden, aus Beständen der russischen Armee stammen, wird dadurch erschwert, dass sowohl die russische als auch die ukrainische Armee im Wesentlichen alte sowjetische Waffen und Technik verwenden. Veränderungen der Tarnung und der Nummernschilder macht es oft unmöglich, die Zugehörigkeit der Technik zur russischen Armee zu beweisen. Dennoch gibt es zahllose Beweise dafür, dass russische Militärtechnik in den Donbass gebracht wird.

[Foto: Jewgenij Feldman / „Nowaja Gaset“]

Das Protokoll der Minsker Friedensvereinbarung vom 19. September 2014, das von den Mitgliedern der Kontaktgruppe unterzeichnet wurde, zu denen auch der russische Botschafter in Kiew, Michail Surabow, gehörte, enthält die Forderung, „von der Kontaktlinie die Artillerie mit einem Kaliber von mehr als 100 mm entsprechend ihrer maximalen Reichweite zurückzuziehen, im Einzelnen: ... die Raketenwerfer „Tornado-G“ 40 km, „Tornado-U“ 70 km und „Tornado S“ 120 km.“⁸⁹

[Zitat: *Die sogenannte „Landwehr Donbass“ hat ein großes Sortiment an Waffen, darunter Panzer, Artillerie und Raketenwerfer.*]

„Tornado-S“ wurde auch im zweiten Minsker Abkommen erwähnt, das bekanntlich in einer Nachtsitzung zwischen Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland ausgehandelt wurde. „Minsk 2“ sieht unter anderem vor, „dass beide Seiten ihre schweren Waffen gleichermaßen zurückziehen, mit dem Ziel der Bildung einer Sicherheitszone von mindestens 50 km Breite für Artillerie mit einem Kaliber von 100 mm und mehr und einer Sicherheitszone von 70 km für Raketenwerfer allgemein und 140 km für den Raketenwerfer „Tornado-S“.“⁹⁰

Mit ihrer Unterschrift haben die russischen Vertreter quasi offiziell zugegeben, dass Kriegstechnik in die Ukraine gebracht wurde. Es geht darum, dass das System „Tornado“ (die Buchstaben G, S und U zeigen an, um welche konkrete Modifikation des Kalibers es sich handelt, entsprechend Raketenwerfer „Grad“, Smertsch“ und „Uragan“) in Russland hergestellt und in kein einziges Land der Welt exportiert wird. Außerdem ergibt sich aus öffentlichen Quellen, dass 2012 in Russland nur das System „Tornado-G“ in Dienst gestellt wurde. Der „Tornado-S“, der im Minsker Abkommen erwähnt wird, existiert offenbar nur in einer Erprobungsversion. Und diese Waffe befindet sich nicht nur in den Händen der Separatisten, sondern wird auch in dem internationalen Abkommen von Minsk erwähnt, das Vladimir Putin mit abgeschlossen hat.

[Bildunterschrift: Das System „Tornado“ russischer Produktion]

[Bildunterschrift: Der russische Panzer T-72B3, den die ukrainische Armee von den Separatisten erbeutet hat]

[Foto: <http://smitsmitty.livejournal.com>, Screenshot aus einem Video des youtube-Nutzers parazitarium]

Gleichzeitig erlauben der Charakter der Kämpfe und ihre Intensität keinen anderen Schluss, als dass es einen ständigen Zustrom von Technik für die „separatistischen Kräfte“ von russischem Gebiet aus gibt. Der frühere „Verteidigungsminister“ der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk, Igor Girkin, erklärte, dass während der Kämpfe um Debalzewe im Februar eine „Artillerie-Division“ der Separatisten 150 Tonnen Kriegsmaterial pro Tag erhielt.⁹¹ Für einen Transport dieser Größenordnung braucht man 50 Lastwagen. Das geht aus den Normen für Munition hervor. Beispielsweise besteht eine Salve der „Grad“-Einheit aus 36 Geschossen, jedes einzelne wiegt 56,5 kg. Das Gesamtgewicht für eine Salve liegt also bei 2 Tonnen. Normalerweise transportiert ein Begleitfahrzeug anderthalb Salven.

Ähnlich ist es mit der Munition für Panzer. Eine Einheit wiegt etwas mehr als eine Tonne. Im Falle intensiver Kämpfe (wie es Anfang 201 bei Debalzewe der Fall war), wird eine solche Einheit innerhalb eines Tages verbraucht. Bleibt noch zu bestimmen, wie viele Panzer und Raketenwerfer die Separatisten haben. Nach Schätzungen von Alexander Chamtschichin, Experte des Instituts für politische und militärische Analyse⁹², verfügten die Einheiten der „Volksrepubliken von Donezk und Luhansk“ nach dem ersten Minsker Abkommen über 83 Panzer (ohne Berücksichtigung von Verlusten), 83 Schützenpanzer BMP und BMD, 68 BTR, 33 SAU, 31 mobile Geschütze, 11 Raketenwerfer, 4 Bodenluft-Raketensysteme (3 „Strela-10“, 1 „Osa“). Davon hatten nach Angaben des Experten die Separatisten 23 Panzer, sowie Schützenpanzer BMP und BMD, 26 Transportpanzer BTR, 19 SAU, 17 mobile Geschütze und 2 Raketenwerfer von der ukrainischen Armee erbeutet. Chamtschichin geht davon aus, dass die übrigen Waffen aus Russland zu den Kämpfern gelangten. Er schließt allerdings auch nicht aus, dass die Separatisten diese Waffen aufgrund korrupter Abmachungen von der ukrainischen Seite „gekauft“ haben könnten.

[Zitat: *Ungeachtet der offiziellen Leugnung durch den Kreml gelangen russische Waffen in die Hände der Separatisten*]

Wie dem auch sei, es geht um den Unterhalt von mindestens 80 Panzern, dutzenden Raketenwerfern und dutzenden beweglichen Artillerieeinheiten. Selbst wenn man der Hypothese zustimmt, dass die Separatisten mit erbeuteter Technik kämpfen und zum Teil

Waffen durch korrumpierte ukrainische Soldaten erhalten haben, kann man sich unmöglich vorstellen, dass während der laufenden Kämpfe Kolonnen von Lastwagen zur Versorgung ungehindert durch die Frontlinien innerhalb der Ukraine hin und her fahren.

Viele Fakten dazu, dass russische Waffen unterschiedlichster Art in die Ukraine gelangen, bietet ein Bericht der Forschungsabteilung des Instituts ARES.⁹³ Darin gibt es zum Beispiel Angaben zu Geschossen des tragbaren Raketenwerfers RPG-7, deren Markierungen zeigen, dass sie 2001 in der Fabrik namens Degtjarjow in der Stadt Kowrow hergestellt wurden. In die Hände der Ukrainer gelangte außerdem der tragbare Raketenwerfer MRO-A, geeignet für Aerosolbomben. Diese russische Waffe wurde von Russland nie in andere Länder geliefert.

[Bildunterschrift: Luftabwehr-Raketensystem „Panzir-S1“ im separatistisch besetzten Luhansk]

Belegt ist das Vorhandensein des Panzers T72-B3 im Donbass. Dabei handelt es sich um die jüngste modernisierte Version eines ziemlich alten Panzers, der seit 2013 in Russland genutzt wird und nie exportiert wurde. Es gibt ein Video vom 27. August 2014, das zeigt, dass die Separatisten über den Panzer T72-B3 verfügten.⁹⁴ Darin führen ukrainische Soldaten einen solchen Panzer vor, den sie von den Separatisten erbeutet haben, außerdem zeigen sie die zugehörigen Dokumente, die belegen, dass der Panzer aus dem Bestand der russischen Armee stammt.

Noch ein Beweis für die Anwesenheit russischer Technik in der Ukraine ist eine Videoaufzeichnung aus der Luhansk, die sich in der Hand der Separatisten befindet. Mitte Februar 2015 zeichnete ein Netzwerkvideorekorder⁹⁵ auf der Oboronnaja-Straße Bilder eines Luftabwehr-Raketensystems „Panzir-S1“ auf.

Dieses System ist ein Produkt der russischen Rüstungsindustrie und wird in einige Länder exportiert. Allerdings hat keines dieser Länder eine gemeinsame Grenze mit der Ukraine. Es ist offensichtlich, dass dieses Waffensystem nur über die russisch-ukrainische Grenze in den Donbass gelangen konnte.

Es ist also so, dass trotz aller Dementis des Kremls russische Waffen in den Besitz der Separatisten gelangen und aktiv gegen die ukrainische Armee eingesetzt werden. Die Lieferung von Waffen ins Konfliktgebiet kann man nicht anders bezeichnen als eine militärische Einmischung in die Angelegenheiten des Nachbarstaates.

Kapitel 8. Wer die Boing abgeschossen hat

Am 17. Juli 2014 wurde über dem unkämpften Gebiet in der Ostukraine eine Boeing 777 der Malaysia Airlines, Linienflug MH17, von Amsterdam nach Kuala-Lumpur abgeschossen.

Der Absturzort liegt im Osten des Gebiets Donezk bei dem Dorf Grabowo nahe der Stadt Tores. Alle 298 Menschen an Bord (283 Passagiere und 15 Besatzungsmitglieder) kamen um. Der plötzliche Absturz des Flugzeugs (durch eine Explosion) über dem Kampfgebiet ließ bereits in den ersten Stunden danach erkennen⁹⁶, dass die Boing abgeschossen worden war und weder technisches⁹⁷ noch menschliches Versagen vorlag (ein Fehler des Piloten oder des Bodenpersonals).

[Foto: REUTERS / Maxim Zmeyev]

Erklärungen der Separatisten

Russische Massenmedien berichteten seit dem Beginn des bewaffneten Konflikts darüber, dass die Separatisten Flugzeuge und Hubschrauber der ukrainischen Armee abschossen. Von Mai bis zum 17. Juli wurden abgeschossen: vier Hubschrauber (am 2. Und 5. Mai je ein Mi-24⁹⁸, am 29. Mai ein Mi-8⁹⁹, am 24. Juni ein Mi-8¹⁰⁰) und drei Flugzeuge (am 6. Juni eine AN-30¹⁰¹, am 14. Juni eine IL-76¹⁰² und am 14. Juli eine AN-26¹⁰³).

Am 17. Juli, dem Tag der Katastrophe der Boing 777, meldeten die staatlichen russischen Nachrichtenagenturen ITAR-TASS und RIA „Novosti“, dass die „Landwehr“ ein Flugzeug vom Typ AN-26 in der Umgebung der Stadt Tores abgeschossen hat.¹⁰⁴ Der Verteidigungsminister der selbst ausgerufenen Volksrepublik Donezk, Igor Girkin (Strelkow), berichtet am Abend dieses Tages ebenfalls in sozialen Netzwerken, dass die „Landwehr“ ein Flugzeug abgeschossen hat.¹⁰⁵ Sowohl die Kämpfer als auch die russischen Massenmedien nennen den Ort des Absturzes (die Gegend um die Stadt Tores im Gebiet Donezk) und die Uhrzeit (etwa 16 Uhr Ortszeit), was genau mit Ort und Zeit der Katastrophe der Boing 777 übereinstimmt.¹⁰⁶ Alle identifizieren das abgeschossene Flugzeug als eine ukrainische AN-26. Allerdings verschwanden diese Meldungen, als am Abend das wahre Bild deutlich wurde.

Kurz vor dem Absturz hatten die Kreml-Medien NTV, Rossija-24 und andere¹⁰⁷ den Zuschauern mitgeteilt, dass die Kämpfer im Donbass über Abwehrraketen vom Typ „Buk“ verfügten. Im Interview mit der Agentur Reuters hat einer der Führer der Separatisten, Alexander Chodakowski, darüber gesprochen. Am nächsten Tag erklärte Chodakowski, er habe das nie gesagt. „Reuters“ veröffentlichte dann den Mitschnitt¹⁰⁸, der zeigte: Die Kämpfer im Donbass verfügten tatsächlich über Buk-Raketen.

[Zitat: *„Wenn sie dachten, sie hätten ein Militärflugzeug abgeschossen, dann war das ein Irrtum“, sagte der russische UNO-Botschafter Witali Tschurkin.*]

Indirekt räumte der russische UNO-Botschafter Witali Tschurkin die Schuld der Terroristen am Abschuss der Boing ein.¹⁰⁹ „Leute aus der Ostukraine sagten, sie hätten ein Militärflugzeug abgeschossen. Wenn sie dachten, sie hätten ein Militärflugzeug

abgeschossen, dann war das ein Irrtum. Wenn es ein Irrtum war, war es kein Terrorakt“, sagte Tschurkin.

Wie Spuren verwischt wurden

Nach dem Absturz der Boing lieferten die russischen Massenmedien eine mögliche Version nach der anderen, die erklären sollte, wie es dazu kommen konnte. Im Grunde gab die Kremlpropaganda das Startsignal für eine kommunikative Spezialoperation, die darauf abzielte, eine Art Nebelschleier rund um die Ermittlungen zur Absturzursache des malaysischen Flugzeugs zu bilden. Das Ziel dieser Spezialoperation war wohl, die Mittäterschaft der Separatisten an der Tragödie zu verheimlichen, die mit einem russischen Boden-Luft-Raketensystem ausgestattet waren.

[Zitat: *Die Versuche des Kremls, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Ermittlungen zu erschweren, verhinderten nicht, dass die wahren Ursachen der Tragödie ans Licht kamen.*]

Vier Tage nach dem Absturz verbreitete der Sender „Erster Kanal“ die Version des Generalstabs, wonach die Boing von einem ukrainischen Kampfflugzeug vom Typ Su-35 abgeschossen worden sei.¹¹⁰ Dieser Version widersprach der Luftwaffenexperte Wadim Dukaschewitsch¹¹¹: „Die Philosophie hinter der SU-25 ist, dass sie über dem Erdboden operieren soll, sie soll die Bodentruppen direkt unterstützen. Außerdem möchte ich die Augenzeugen sehen, die ein Flugzeug von 10-15 Meter Spannweite in elf Kilometer Höhe vom Boden aus sehen und fehlerfrei den Typ erkennen können.“

Der Chefkonstrukteur der SU-25, Vladimir Babak, nannte die Version, dass die Boing 777 von einer SU-25 abgeschossen worden sein könnte, den Versuch, Beweise verschwinden zu lassen.¹¹² Nach seinen Worten könnte ein solches Flugzeug eine Boing in einer Höhe von 3-4.000 Metern angreifen, doch sei es nicht dazu in der Lage, ein Flugzeug, das in 10.500 Metern Höhe fliegt, abzuschießen.

Eine weitere klangvolle Version hatte der Kreml-Propagandist Michail Leontjew. In der Sendung „Odnako“ des „Ersten Kanals“ erklärte er¹¹³ am 14. November, dass er ein „sensationelles Foto“ habe, vermutlich aufgenommen von einem ausländischen Spionagesatelliten in den letzten Sekunden des Fluges der malaysischen Boing 777 über der Ukraine. Dieses Foto zeige, so seine Meinung, dass die Boing von einem ihr folgenden Kampfflugzeug vom Typ MiG-29 abgeschossen wurde. Das Foto zeigten viele russische Massenmedien.

Doch dieses Foto erwies sich als Fälschung. Experten zeigten mehrere Fälschungsmerkmale auf¹¹⁴: Das Foto basiert auf einer Aufnahme von Google Maps vom 28.8.2012, für das Zoom wurde eine Aufnahme von jandeks-kart aus dem Jahr 2012 verwendet. In der Kollage wurde das Foto eines Militärflugzeugs verwendet, das einer SU-27 ähnelt, im Beitrag des „Ersten Kanals“ ist jedoch von einer MiG-29 die Rede. Auch der gezeigte Ort stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein. Auf dem Foto wird der Flughafen von Donezk gezeigt, doch die Boing wurde etwa 50 km davon entfernt abgeschossen. Die im „Ersten Kanal“ erkennbare Uhrzeit der Aufnahme des Fotos ist 1:19:47 UTC, doch zu dieser Zeit war es über der Ukraine Nacht. Die malaysische Boing wurde um 16:20 Uhr lokaler Zeit abgeschossen.

[Zitat: *Die Boing 777 wurde durch eine Boden-Luft-Raketeneinheit vom Typ „Buk“ abgeschossen.*]

Die Versuche des Kremls, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Ermittlungen zu erschweren, verhinderten nicht, dass die wahren Ursachen der Tragödie ans Licht kamen.

Die Untersuchung

Die Länder, die bei der Tragödie Staatsangehörige verloren haben, sind daran interessiert, die Umstände aufzuklären und die Schuldigen zu finden. Neben den offiziellen Ermittlungen haben auch die europäische Öffentlichkeit und die Massenmedien Nachforschungen angestellt, Beweise gesammelt und Zeugen befragt.

Nach den Erkenntnissen der journalistischen Rechercheplattform CORRECT!V vom Januar 2015¹¹⁵ wurde die Passagiermaschine Boing 777, Flug MH17 der malaysischen Fluggesellschaft durch eine Boden-Luft-Rakete vom Typ „M1“ abgeschossen. Unter Berufung auf einen Militärexperten kamen die Journalisten zu dem Schluss, dass das Flugzeug auf keinen Fall von einem Militärflugzeug abgeschossen wurde. Die Rechercheure verfolgten durch die Analyse von Foto- und Videomaterial, Befragung von Zeugen und Nachforschungen vor Ort die Verlegung einer Boden-Luft-Raketeneinheit vom Typ „Buk M1“, von der aus die Boing abgeschossen wurde. Sie kamen zu dem Schluss, dass diese Buk auf der russischen Stadt Kursk stammte. Zu der Position, von der aus die „Buk“ die Boing 777 abgeschossen hat, brachten sie Angehörige der 53. Luftabwehrbrigade. Ziel war es, russische Panzerverbände zu schützen, die ohne Erkennungszeichen in der Ukraine kämpften. Auf die Frage, wer die Rakete von der „Buk“ aus abgeschossen haben könnte, sagten alle Experten und auch ehemalige Angehörige der 53. Luftabwehrbrigade, dass die Separatisten nicht dazu im Stande sind, eine „Buk“ zu bedienen. „Es gibt keinen Zweifel daran, dass ein russischer Offizier den Befehl zum Beschuss von MH17 gegeben hat“, so die Rechercheure.

Im März 2015 wurden weitere Materialien veröffentlicht, die die These stützen, dass die „Buk“-Rakete vom Gebiet der Separatisten aus abgefeuert wurde.

Journalisten der deutschen Sender WDR und WDR sowie der Süddeutschen Zeitung waren in der Nähe der Stadt Snezhnoje, von dem aus die „Buk M1“ mutmaßlich abgefeuert wurde. Dort befragten sie Ortsansässige. Die Zeugen erklärten¹¹⁶, dass sie am 17. Juli das Geräusch einer Rakete vom Boden aus gehört hätten, doch bislang „hatten sie Angst, darüber zu sprechen, weil man ihnen ohnehin nicht geglaubt hätte“. Einer der Augenzeugen sagte: „Es war eine Explosion zu hören aus der Richtung des Ortes Stepanowka. Danach ein Zischen und eine Explosion am Himmel...“ Der mutmaßliche Ort des Raketenabschusses war umgepflügt.

*Die Spur von Tores*¹¹⁷

Eine dokumentarische Erhärtung dessen, dass die malaysische Boing von einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen wurde, die von einer „Buk“ stammt, von einem Gebiet aus, das von Separatisten kontrolliert wurde, ist auch ein Foto, das ein Einwohner der Stadt Tores drei bis 4 Minuten nach dem Abschuss der Rakete gemacht hat. Darauf ist die Rauchsäule zu sehen, die die Rakete direkt nach dem Start hinterlassen hat.

Diese Spur, die Rauchsäule, haben viele Ortsansässige gesehen. Das untermauern auch Zeugenaussagen, die Korrespondenten der Agentur Reuters von Einwohnern des Örtchens Krasnyj Oktjabr bekommen haben, über deren Köpfe hinweg die abgefeuerte Rakete quasi flog. Zeugenaussagen¹¹⁸ direkt vom Ort: Diese Gespräche waren möglich, nachdem der Ort nicht mehr in der Kampfzone lag.

Einige Stunden nach der Katastrophe der Boing erschien ein Foto mit der Spur der Rakete in einem sozialen Netzwerk, es stammte von einem Anwohner. Das Foto wurde unter Anwesenheit der investigativen Journalistengruppe Bellingcat sorgfältig untersucht. Es wurde festgestellt, dass es zweifellos echt ist.^{119 120}

[Zitat: *Augenzeugen berichteten, sie hätten das Geräusch einer Rakete vom Boden aus gehört.*]

[Foto: Screenshot aus dem Twitter-Account des Nutzers @WowihaY]

Vor allem wurde eine wichtige These widerlegt, die Zweifel an der Echtheit des Fotos ausdrückte: Die Farbe des Himmels auf der Darstellung. Der Ort des Flugzeugabsturzes, an dem Wolken festzustellen sind, ist etwa 15 Kilometer von dem Ort entfernt, an dem sich der Fotograf aufhielt. Und das Gebiet, auf das das Objektiv gerichtet ist, weitere 20 Kilometer. Auf eine solche Entfernung kann an den beiden Punkten (Abschussort der Rakete und Absturzort des Flugzeugs) eine ganz unterschiedliche Bewölkung geherrscht haben. Zumal die Aufnahme eines Wettersatelliten für diese Teil des Ostukraine zeigt: Donezk und seine Vororte befanden sich an diesem Tag an der Grenze zu einer Wolkenfront, das Wetter war dort sehr wechselhaft.

Der russische Journalist Sergej Parchomenko hat den Autor des oben erwähnten Fotos ausfindig gemacht und bekam von ihm das Original-Foto.

Bei der Begutachtung der jpg-Datei (vor allem aber bei dem zugrunde liegenden RAW-Dateiformat NEF) wurde deutlich, dass keinerlei „Muster“ oder „Kleckse“ auf der Abbildung zu finden sind, wie misstrauische Skeptiker dachten. Dieser „Müll“ kam zustande, als das Bild in ein Format gebracht wurde, das für Twitter verwendbar ist. Das Original des Fotos ist deutlich heller als die Variante, die am 17. Juli 2014 veröffentlicht wurde. Es wurde vor der Veröffentlichung auf Twitter dunkler gemacht, um den Rauch in der Mitte des Fotos deutlicher werden zu lassen.

[Bildunterschrift: Das Originalfoto mit dem Rauch der Rakete, die MH17 abgeschossen hat. Veröffentlicht von Sergej Parchomenko.]

[Foto: aus dem Livejournal von Sergej Parchomenko]

[Zitat: *Die Fotos enthalten genügend Details, um sie zuverlässig mit der Wirklichkeit zu vergleichen*]

Wie das Foto entstand, hat der Fotograf dem Journalisten Sergej Parchomenko so geschildert:

„An dem Tag war ich in meiner Wohnung in dem Haus am Rand von Tores, als ich ein Krachen hörte, viel stärker, als die sonstigen, schon gewohnten Geräusche der Artillerie, der Mörser oder der „Grad“-Raketen. Ich lief ans Fenster und sah, wie der Wind langsam eine Rauchspur am Horizont verwehte. Der Fotoapparat lag auf der Fensterbank. Ich nahm ihn und stieg per Leiter aufs Dach, um von dort zu fotografieren. Ich drückte zum ersten Mal ab. Ich

sah, dass mitten im Bild elektrische Leitungen hingen. Also zoomte ich ganz ran und machte ein weiteres Foto. Dann drehte ich mich um und sah, dass im Norden (das heißt, direkt Richtung Grabowo) eine Säule dichten schwarz-blauen Rauchs aufstieg. Ich dachte, die Rakete sei in eine Tankstelle oder einen Öltank eingeschlagen. Ich wollte von der anderen Seite des Daches aus fotografieren, wo keine Kabel und Antennen stören. Ich brauchte drei Minuten, dann fotografierte ich zum dritten Mal. Ich hatte keine Ahnung, dass auf dem dritten Foto der Rauch des gerade abgeschossenen Flugzeugs zu sehen war. Ich habe kein Flugzeug gesehen. Deshalb hörte ich auf, zu fotografieren. Hätte ich gewusst, um welches Ereignis es geht, hätte ich natürlich noch weiter fotografiert. Doch ich erfuhr erst ein paar Stunden später, was passiert war. Dann schickte ich die Fotos einem Freund und der lud sie auf Twitter hoch.“

In den Systeminformationen der Fotos fanden sich tatsächlich alle Angaben zur Nutzung der Kamera, auch über den Zeitpunkt der Aufnahmen: „Foto 1“: 2014-07-17, 16:25:41.50; „Foto 2“: 2014-07-17, 16:25:48.30; „Foto 3“: 2014-07-17, 16:30:06.50. Das ist also genau sechs beziehungsweise zehn Minuten nach dem offiziell angegebenen Zeitpunkt des Absturzes der Boeing MH17.

Die Aufnahmen, die der Fotograf übergeben hat, zeigen außerdem genug Einzelheiten, um den Standort des Fotografen zuverlässig mit den realen Gegebenheiten abzugleichen. Auf dem ersten Foto, das den breitesten Blickwinkel bietet, gibt es genügend solcher Anhaltspunkte.

[Bildbeschriftung S. 47: B. Bauernhof zwischen den Feldern, C., D. einzelne große Bäume, E. Datschensiedlung im Vordergrund, F. weitere Datschensiedlung etwas weiter entfernt, H., I., J. Stromleitungen, K. alte Halde, von Bäumen und Sträuchern überwuchert, L., M., N. Hochspannungsmasten, P. Gruppe hoher Bäume in der Ferne, Q. Dach eines Industriegebäudes. Auf dem anderen Foto, das einen kleinen Ausschnitt der Landschaft zeigt, kann man einige Orientierungspunkte deutlicher sehen, vor allem diese: F. Dieselbe Datschensiedlung, H. den höchsten Stromleitungsmast des ersten Fotos, L., M., N. dieselben Hochspannungsmasten, P. deutlich zu erkennen die hohen Bäume wie auf dem ersten Foto.]

[Foto: Aus dem Livejournal von Sergej Parchomenko]

Der nächste Analyseschritt bestand darin, die charakteristischen Details aus der Vogelperspektive wiederzufinden, also auf Satellitenbildern. Wir verfügen über viele solcher Aufnahmen, sie haben eine hohe Auflösung und sind unter anderem bei Google Earth zu finden.

Hier das Fragment eines Satellitenbildes, auf dem alle Details deutlich zu sehen sind (obiges Foto).

Punkt A ist das Standort des Fotografen, den er selbst benannt hat. Auf dem Satellitenbild kann man tatsächlich alles finden, was vor dem Objektiv zu sehen war: den Bauernhof, die einzelnen Bäume, die Datschensiedlungen, die Stromleitungen, gut zu erkennen auch die Halde (alle Orientierungspunkte sind mit denselben Buchstaben gekennzeichnet wie auf den Ausgangsfotos). Das beweist, dass der Fotograf seinen Standort richtig angegeben hat.

[Zitat: *Die Analyse der Fotos und Karten erlaubt, den Ort zu bestimmen, von dem aus die Rakete abgefeuert wurde, die die Boeing zerstörte.*]

So kann man die Sichtachse in das Bild einziehen, auf der der Fotograf den schwarzen Rauch gesehen hat, der vom mutmaßlichen Abschussort aus aufstieg und allmählich vom Wind nach rechts geweht wurde. Auf den Fotos sehen wir ihn etwa in Richtung des mittleren Hochspannungsmastes, der mit dem Buchstaben M bezeichnet ist. Diese Linie (X-Y) kann man auf das Satellitenfoto übertragen. Zur Orientierung ist sie auch auf den beiden Fotos verzeichnet. Die logische Folge: Auf dieser Linie oder direkt daneben befindet sich der Punkt, von dem aus die Rakete abgefeuert wurde, die die Boing zerstörte.

Mit großer Wahrscheinlichkeit befand sich die „Buk“-Einheit, die den verhängnisvollen Schuss abgab, auf diesem Feld (obiges Foto). Es ist ein langgestrecktes Feld neben dem Weg. Links sieht man deutlich Spuren schwerer Technik und daneben eine große Fläche verbrannter, schwarzer Erde, die teilweise schon umgepflügt ist. Eine solche Position ist günstig für eine Raketeneinheit: Direkt neben dem Feld befindet sich eine Zufahrt durch niedriges, doch dichtes Gebüsch, das das Feld uneinsehbar macht. Und noch etwas: Dieser Weg führt zu dem Ort Snezhnoje, wo im Juli 2014 eine „Buk“ vielfach fotografiert und gefilmt¹²¹ wurde.

Am 30. März 2015 hat die internationale Untersuchungskommission, zu der Spezialisten aus Australien, Belgien, Malaysia, den Niederlanden und der Ukraine gehören, und die eine strafrechtliche Untersuchung des Falles MH17 durchführt, eine Erklärung veröffentlicht¹²², wonach es wahrscheinlich ist, dass die Boing von einer „Buk“ aus Russland abgeschossen wurde, die sich in der Hand der Separatisten befand.

Kapitel 9. Wer im Donbass herrscht

Im April 2014 riefen die „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ ihre Unabhängigkeit aus und sagten sich von der ukrainischen Staatsmacht los. Allerdings ist die erklärte Souveränität nicht mehr als eine Deklaration. De facto befinden sich die beiden „Volksrepubliken“ unter der Kontrolle Moskaus und die wesentlichen Entscheidungen hängen von russischen Beamten und Polittechnologen ab. Dabei hat der Kreml die selbst ausgerufenen Volksrepubliken juristisch nicht anerkannt und bezeichnet sie weiterhin als Teil der Ukraine.

[Foto: REUTERS / Alexej Nikolsky / RIA Novosti / Pool]

Nach dem Referendum über die Unabhängigkeit der „Volksrepublik Donezk“ wurde im Mai 2014 mit der Bildung staatlicher Organe begonnen. Eine Schlüsselposition der „Republik Donezk“ nahm ein russischer Staatsbürger ein, der Moskauer Alexander Borodaj, der dem Ministerrat der „Volksrepublik Donezk“ vorstand. Analog dazu besetzte in der „Volksrepublik Luhansk“ das Amt ein anderer russischer Staatsbürger: Marat Baschirow, ein Polittechnologe, der mit der Regierung der Russischen Föderation zusammenarbeitete. Zuvor tauchten in der Ukraine bereits andere russische Staatsbürger auf, die eine Schlüsselrolle bei der Organisation bewaffneter Zusammenstöße mit den örtlichen staatlichen Strukturen im Donbass hatten. Besondere Bekanntheit erlangte der ehemalige Offizier des russischen Geheimdienstes Igor Girkin (Strelkow), der an der Operation zum Anschluss der Krim an Russland teilnahm und der in der Stadt Slowjansk eine bewaffnete Separatisteneinheit aufstellte.

Borodaj und Girkin kennen sich schon länger. Eine Zeitlang leitete Girkin den Sicherheitsdienst des Investitionsfonds „Marshall Capital“, der dem russischen Unternehmer Konstantin Malofejew gehört.¹²³ Zur gleichen Zeit arbeitete Alexander Borodaj bei dem Fond als Berater. Die Strafverfolgungsbehörden der Ukraine halten Malofejew für einen der wichtigsten Geldgeber der Kämpfer in der Ostukraine. Im Juli 2014 wurden gegen ihn Ermittlungen eingeleitet wegen der „Gründung ungesetzlicher paramilitärischer oder bewaffneter Gruppen“ (Paragraph 260 Strafgesetzbuch der Ukraine).¹²⁴

Borodaj und Girkin kamen Anfang Mai ins Donbass-Gebiet, nach dem Anschluss der Krim an Russland. Borodaj hat übrigens nie verheimlicht, dass er regelmäßig in Moskau ist und seine Tätigkeit mit russischen Beamten koordiniert. Am 16. Juni 2014 erklärte er direkt: „Ich kann versichern, dass die russische Regierung sehr gut versteht, wie man die Probleme der Volksrepublik Donezk lösen kann und bereit ist, auf höchster Ebene dazu beizutragen. Ich kenne und schätze auch schon lange den Berater des Präsidenten Wladislaw Surkow, der der Volksrepublik Donezk immer große Unterstützung zukommen lässt. Ohne Übertreibung ist Surkow unser Mann im Kreml.“¹²⁵

Dass Personalentscheidungen der „Volksrepublik Donezk“ von Moskauer Beamten abhängen, zeigt auch ein anderer Fakt. Am 18. Juli 2014 trat Denis Puschilin von seinem Amt als Vorsitzender des Obersten Rats der „Volksrepublik Donezk“ zurück. Der Vize-Sprecher des „Republikparlaments“ Vladimir Makowitsch kommentierte den Rücktritt seines Kollegen, indem er sagte, die Erklärung Puschilins sei in Moskau geschrieben worden.¹²⁶

Als personelle Reserve für die beiden „Volksrepubliken“ dienten oft gesellschaftlich-politische Projekte, die direkt mit dem Kreml verbunden waren. Ein Beispiel: Stellvertretender Energieminister der „Volksrepublik Donezk“ wurde Leonid Simunin, der vorher bei der kreml-orientierten Jugendorganisation „Mestnyje“ gearbeitet hat und der gemeinsam mit der neonazistischen Gruppe „Born“ zu sehen war, die für eine Reihe von Morden verantwortlich ist, möglicherweise mit Billigung des Kreml.¹²⁷ In den Regierungsstrukturen der „Volksrepublik Luhansk“ arbeitete auch der Polittechnologe Pawel Karpow. Zuvor hatte er mit der Verwaltung Präsidenten der Russischen Föderation bezüglich der Aufsicht nationalistischer Organisationen zusammengearbeitet.¹²⁸

[Diagramm S. 52: Russische Staatsbürger als Organisatoren von und Teilnehmern an Kämpfen gegen die Ukraine

Alexander Borodaj, Vorsitzender des Ministerrats der „Volksrepublik Donezk“, 6.5.-7.8.2014, erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, 8.8.-20.10.2014. Russischer Staatsbürger

Igor Girkin (Igor Ivanowitsch Strelkow), Verteidigungsminister der „Volksrepublik Donezk“, 15.5.-6.7.2014, militärischer Kommandant von Donezk, 6.-17.7.2014, Verteidigungsminister der „Volksrepublik“, 7.-14.8.2014

Igor Besler, 2014 Kommandant der „Volks-Landwehr“ in Horliwka, „Volksrepublik Donezk“, hat in der russischen Armee gedient. Russischer Staatsbürger

Arseni „Motorola“ Pawlow, Kämpfer im Bataillon „Sparta“, „Volksrepublik Donezk“. Russischer Staatsbürger

Sergej Petrowski, Spion, „Volksrepublik Donezk“. Russischer Staatsbürger

Alexander Zhukowski, National-Demokratische Partei St. Petersburg, Autor von „Sputnik und Pogrom“, der bekannteste Freiwillige. Russischer Staatsbürger

Marat Baschirow, eigentlich Marat Fiatowitsch Baschirow, Vorsitzender des Ministerrats der „Volksrepublik Luhansk“, 4.7.-20.8.2014. Russischer Staatsbürger

Alexej Miltschakow, Kommandeur des Bataillons „Rusitsch“. Russischer Staatsbürger]

[Quelle: www.kashin.guru]

Wichtige Beweise für die Rolle des Kreml bei den Personalentscheidungen in den „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ lieferte Igor Girkin, der zwischen Mai und August 2014 Verteidigungsminister der sogenannten „Volksrepublik Donezk“ war. Er sagte direkt, dass er aus der Regierung der „Volksrepublik“ durch Druck aus dem Kreml ausschied. „Ich kann nicht sagen, dass ich freiwillig ging. Man drohte mir damit, die Lieferungen aus Russland zu kürzen. Und ohne diese Lieferungen kann man nicht kämpfen. In Russland hat sich die politische Linie durchgesetzt, die auf Friedensverhandlungen setzt und dazu braucht man nachgiebige Leute. Aber ich kann keine Nachgiebigkeit zeigen und deshalb entspreche ich nicht ihren Anforderungen“, erklärte Girkin im Januar 2015.¹²⁹ Er erklärte auch, dass die personellen und politischen Fragen im Donbass vom früheren Stellvertreter der russischen Präsidentschaftsverwaltung, Wladislaw Surkow, beaufsichtigt werden. Alexander Borodaj, der die Führung der „Volksrepublik Donezk“ im August 2014 verließ, erklärte seinen und Girkins Rücktritt so: „Ich war auch ein starker Befürworter des Abgangs von Girkin aus der Volksrepublik, nachdem ich verstanden habe, dass eine neue Periode beginnt, mit einem

blassen Schein von Frieden. Und Leute wie ich oder Strelkow wären dann nicht mehr nötig. Stellen Sie sich vor, wie es ausgesehen hätte, wenn ich meine Unterschrift unter die „Minsker“ Vereinbarungen gesetzt hätte, wo ich doch gebürtiger Moskauer bin. Diese politische Konstruktion sollte nicht lange halten. Wir haben unsere Sache gemacht, wir haben der Volksrepublik geholfen und am Ende haben wir sie verlassen.“¹³⁰

Die Steuerung von außen, aus Moskau, hat jedoch zu keiner Ordnung auf dem Gebiet der selbst ausgerufenen Republiken geführt, wo Korruption und Willkür herrschen.

Die beiden „Volksrepubliken“ werden von heftigen Skandalen erschüttert, die mit der Verteilung humanitärer Hilfe aus Russland verbunden sind. „Die Kommandeure und die Leute sagen gleichermaßen, dass die Konvois ausgeplündert werden, und das in großem Stil. Stellt man die allgemeinen Informationen zusammen, so werden fast neun von zehn Konvois geplündert. Und wenn in Luhansk oder Donezk die Leute noch etwas bekommen (zum Beispiel ein Paket im Monat, aber nur bestimmte Kreise wie alte Menschen über 70 oder Kinderreiche), so gelangt in die kleinen Städte gar nichts. Alexej Mosgowoj in Altschewsk hat nichts von der „humanitären Hilfe“ bekommen, Pawel Dremow in Perwomajsk auch nicht. Ich meine, einfache Leute und Einrichtungen haben nichts bekommen. Die Lage ist schrecklich und dabei werden Hilfsgüter auf den Märkten verkauft“, erzählte der Koordinator des Hilfsfonds Donbass, Gleb Kornilow.¹³¹

Außerdem wurde bekannt, dass es in der „Volksrepublik Luhansk“ sogenannte Volksgerichte gibt, die anders als offizielle Gerichte nach keinerlei Prozessordnung handeln, und sei auch eine noch so umstrittene. Im Herbst 2014 wurde bekannt, dass in der Stadt Altschewk 300 Einwohner per Abstimmung jemanden zum Tode verurteilten, der der Vergewaltigung „verdächtig“ wurde und einen anderen zum Dienst an der Front.¹³²

Im Januar 2015 tauchte noch ein Beweis dafür auf, wie die Zusammenarbeit zwischen den „Volksrepubliken“ in der Ostukraine und dem Kreml aussieht. Sergej Danilow, Experte der Arbeitsgruppe für den Aufbau eines Finanzsystems in der „Volksrepublik Donezk“, nahm in Moskau an einem Treffen mit Unterstützern der Unabhängigkeit des Donbass teil: „Wer kann sagen, wie viele Türme der Kreml hat? Eine paradoxe Situation: Da kam die Arbeitsgruppe und mit ihr Boris Litwinow, der künftige Vorsitzende des Obersten Rats der Volksrepublik Donezk. Er hat sich dreimal mit Surkow getroffen und glaubte, dieser Staatsmann habe das Recht, der Kurator von „Neurussland“ zu sein, alle fahren zu ihm und verbeugen sich vor ihm. Dahin kamen wir und man stellte uns die Frage: Hat er euch denn gezeigt, dass er eine Vollmacht hat? Nein, hat er nicht. Und ein Dokument, aus dem hervorgeht, dass er dafür zuständig ist? Nein, auch nicht. Formell hat er ein anderes Tätigkeitsfeld, Abchasien und Süd-Ossetien“, sagte Danilow. Das ist auf Video festgehalten und veröffentlicht worden.¹³³

Es gibt keine Zweifel daran, dass besonders Wladislaw Surkow eine der Schlüsselrollen bei der Steuerung der „Volksrepubliken“ von außen innehat, die der Kreml in Szene setzt. Formell ist er für die Zusammenarbeit mit Abchasien und Süd-Ossetien zuständig, doch noch bevor er im Herbst 2013 Berater des Präsidenten wurde, war bekannt geworden, dass auch die Ukraine in seinen Interessenbereich fällt. Mitglieder aus dem engsten Umfeld Surkows waren während der revolutionären Ereignisse auf dem Majdan häufig in Kiew zu sehen. Darüber hinaus hat der Chef des ukrainischen Geheimdienstes, Walentin Naliwajtschenko, zum Jahrestag der Schüsse auf dem Majdan Surkow ganz direkt die Verantwortung für das Vorgehen der Scharfschützen gegeben.¹³⁴

Die Politik des Kremls in Bezug auf die beiden „Volksrepubliken“ ist sehr verschwiegen und intransparent. Dennoch ist die Tatsache der direkten Einflussnahme auf diese angeblich „unabhängigen Republiken“ nicht zu verheimlichen. De facto geht es darum, in der Ostukraine Pseudostaaten zu gründen, die von Moskau kontrolliert werden, die als Druckmittel gegen das offizielle Kiew genutzt werden können.

[grauer Kasten: Einen wichtigen Beweis für die Verantwortung Surkows im Zusammenhang mit Entscheidungen in den beiden „Volksrepubliken“ veröffentlichte Andrej Kolesnikow¹³⁵, Korrespondent des „Kommersant“. Er berichtete über die Verhandlungen von Minsk am 12. Februar 2015, an denen der russische Präsident Vladimir Putin, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident François Hollande und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko teilnahmen. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Donbass dauerten die ganze Nacht an, während die Vertreter der „Volksrepubliken“ daran offiziell nicht teilnahmen, sondern vor der Tür warteten.

Aus dem Beitrag Andrej Kolesnikows im „Kommersant“ am Tag nach den Verhandlungen:

„Es blieb, so schien es, eine Kleinigkeit. Die Führer der Volksrepubliken, Alexander Sachartschenko und Igor Plotnitzki, mussten das „Paket“ noch billigen. Sie warteten in der Empfangshalle. Mit dem Ziel, die Billigung einzuholen, ging der Berater des russischen Präsidenten, Surkow, zu ihnen. Ich sah, wie er den Verhandlungssaal verließ und Richtung Ausgang ging. In diesem Moment war noch nicht klar, wohin er ging, doch die Ereignisse schienen Fahrt aufzunehmen. Und dann kam der ukrainische Präsident aus dem Verhandlungssaal. Er wirkte irgendwie unzufrieden. Später wurde klar, warum: Alexander Sachartschenko und Igor Plotnitzki wollten das Dokument einfach nicht unterschreiben. Abgesehen von allem übrigen hätte die Unterschrift ihren politischen (und nicht nur ihren politischen) Tod bedeuten können. Aber das riskierten alle Teilnehmer des Prozesses... Es war der völlige Zusammenbruch der Verhandlungen. 14 Stunden demonstrativ verschwendete Zeit. Um 10 Uhr 40 kehrte Surkow in den Unabhängigkeitspalast zurück und ging in den dritten Stock, wo sich zu dieser Zeit Vladimir Putin befand. Dorthin gingen nach einiger Zeit auch der Franzose Hollande und Angela Merkel. Sie erfuhren von der Entscheidung der Führer der „Volkswehr“... Was geschah nun in der dritten Etage? Ich habe die Ereignisse rekonstruiert. Vladimir Putin sagte seinen Kollegen, dass man Sachartschenko und Plotnitzki erklären müsse, dass sie Unrecht hätten. „Ich kann keinen Druck auf sie ausüben“, sagte er mehrmals. Angela Merkel schlug vor, den beiden Anführern gegenüber die beginnende Sitzung des EU-Ministerrats in Brüssel zu erwähnen. Sie sagte, die Separatisten müssten verstehen: Es blieben ihnen nur anderthalb Stunden. Dann würden sie und Hollande abreisen und nicht wieder kommen und es würden keinerlei Verhandlungen mehr möglich sein. Es sei auch nötig, dass der russische Präsident das unterstreiche. Das tat er. Und so warteten sie... Putin ging und kam wieder, als bis zum Ablauf der Frist noch zwei Minuten blieben. Er sagte, Wladislaw Surkow habe angerufen und gesagt: „Sie haben unterschrieben.“]

Kapitel 10: Die humanitäre Katastrophe

Die Einmischung Putins und des russischen Militärs in den Konflikt in der Ostukraine hat einen Teil des Nachbarlandes in eine Kriegszone verwandelt. Der Donbass in den Jahren 2014 und 2015 steht für straffreie Morde, hunderttausende Flüchtlinge, eine zerstörte Infrastruktur und den Zusammenbruch der Sozialsysteme. Die ukrainische und die russische Regierung, ebenso wie die Vertreter internationaler Organisationen, bezeichnen die Lage im Donbass immer häufiger als humanitäre Katastrophe.

[Bildunterschrift: Der Wohnbezirk „Oktjabrski“ in Donezk nach Kämpfen zwischen den Separatisten und der ukrainischen Armee]

[Foto: Jewgenij Feldman, Nowoja Gaseta]

Während der Zeit der Kämpfe in der Ostukraine mussten viele Menschen in den Kampfgebieten und den Orten nahe der Front ihre Orte verlassen. Nach der offiziellen Statistik des Russischen Amtes für Migration kamen zwischen April 2014 und Januar 2015 mehr als 800.000 ukrainische Staatsbürger ins Land.¹³⁶ Nach Angaben der ukrainischen örtlichen Verwaltungen suchten mehr als 900.000 Menschen in sicheren Teilen der Ukraine Schutz vor dem Beschuss ihrer Städte.¹³⁷ Für viele Flüchtlinge gibt es keine Rückkehr mehr, wegen der Zerstörungen ihrer Städte und Dörfer in der Konfliktzone. Die Ukraine schätzt das Ausmaß der Zerstörungen als Folge der Kämpfe auf 4,6 Milliarden Hrywnja (mehr als 200 Millionen US-Dollar).¹³⁸ Etwa 104.000 Bewohner des Gebiets Donezk haben keine Wohnung, kein Wasser, kein Gas und keinen Strom. Teile der Infrastruktur, Stromleitungen, lokale Gas- und Wasserleitungen werden Ziele systematischer Zerstörung. Immer wieder gibt es Meldungen über den Tod von Arbeitern, die die Infrastruktur in den Separatistengebieten reparieren wollen.

Der Weg in sichere ukrainische Gebiete ist für die Flüchtlinge oft voller tödlicher Gefahren, weil es keine humanitären Korridore gibt. So starben am 18. August 2014 beim Beschuss eines Flüchtlingskonvois durch Separatisten 15 friedliche Bürger.¹³⁹ Der Konvoi unter weißer Flagge holte Flüchtlinge aus den Orten Chryaschewatoje und Nowoswetlowsk. Aus dem Separatistengebiet heraus wurden sie mit „Grad“-Raketen beschossen. Im gesamten Donbass gibt es heute zahlreiche Kontrollpunkte an Straßen. Wenn an den Kontrollpunkten der Ukrainer Willkür geschieht, so sind diese Kontrollpunkte doch der Gesetzgebung des Staates unterworfen. Auf der Seite der Separatisten stehen die Kontrollpunkte jedoch außerhalb jeder Rechtsprechung. Das öffnet der Willkür Tür und Tor: Personen, die das Kampfgebiet verlassen wollen, werden aufgehalten, von Geschäftsleuten werden horrend Abgaben verlangt, es gibt unkontrollierte Gewalt von Seiten der Kämpfer. Charakteristisch ist das Beispiel der Stadt Slowjansk. Nach der Befreiung des Ortes durch die ukrainische Armee wurden Massengräber gefunden, deren Leichen Spuren von Folter aufwiesen.¹⁴⁰ Kurz nach der Eroberung von Slowjansk wurde die Leiche des lokalen Abgeordneten Vladimir Rybak in einem Fluss in der Nähe von Horliwka gefunden. Kämpfer aus der Einheit des russischen

Geheimdienstoffiziers Igor Besler hatten ihn festgenommen und nach Folter und Ermordung in den Fluss geworfen.¹⁴¹

[Bildunterschrift: Misshandlung der Ukrainerin Irina Dovgan in Donezk.]

[Bildunterschrift: Straßensperre der Separatisten an einer Zufahrt nach Donezk]

[Foto: Mauricio Lima / The New York Times; Jewgenij Feldman, Nowaja Gaset, REUTERS / Nikolaj Rybachenko]

[Zitat: *Die Separatisten verwenden oft die Taktik, von dicht besiedeltem Gebiet aus zu schießen.*]

Es gibt viele Beispiele dafür, dass Zivilisten von Separatisten festgenommen, gefoltert oder erniedrigt wurden. So wurde am 29. August 2014 die ukrainische Staatsbürgerin Irina Dovgan befreit, die zuvor vom Separatisten-Bataillon „Vostok“ festgenommen worden war. Sie wurde beschuldigt, den ukrainischen Staat zu unterstützen, an einen Mast im Zentrum von Donezk gebunden und öffentlich verhöhnt und geschlagen.

Die Separatisten verwenden oft die Taktik, von dicht besiedeltem Gebiet aus zu schießen. Damit provozieren sie den Beschuss friedlicher Bürger. Beweise dafür hat das russische Fernsehen gezeigt. Zum Beispiel lief am 1. Oktober 2014 im „Ersten Kanal“ eine Reportage¹⁴², in der ein Kämpfer der Volksrepublik Donezk zu sehen ist, der aus einem Fenster eines mehrgeschossigen Wohnhauses heraus mit einem Granatwerfer in Richtung der Stellungen der ukrainischen Armee feuert. In der folgenden Einstellung fragt der Journalist eine ältere Frau, die aus dem Treppenhaus kommt, ob es nicht schrecklich sei, hier zu wohnen. Auch der öffentliche Personenverkehr wird von den Kämpfern beschossen. Am 13. Januar 2015 wurde eine ukrainische Straßensperre an der Einfahrt zur Stadt Wolnowacha beschossen. Der Beschuss mit „Grad“-Raketen erfolgte von Territorium aus, das unter Kontrolle der Separatisten war. Ein Bus mit Zivilisten geriet in das Feuer und es starben zwölf Menschen.¹⁴³

Hunger und Verelendung gehören für die Bevölkerung im Donbass ebenfalls zur Wirklichkeit. Besonders ausgeprägt war das im Winter 2014/15. Die Journalistin Jekaterina Sergatzkova fand Beweise dafür, dass Menschen verhungern:¹⁴⁴

[grauer Kasten: „Sergej K., der kostenlose Essensausgaben für Arme organisiert, musste vor kurzem aus Donezk in befreite Gebiete fliehen. Er berichtete, dass in Kirowski sieben Menschen an Hunger gestorben seien, in Snezhnoje fünf und in Krasnopartisansk im Gebiet Luhansk 68. Wie die Leute erzählen, werden die Leichen auf Schlitten durch die Stadt transportiert, weil es nichts anderes dafür gibt. Als Todesursachen werden Dystrophie oder Herzversagen angegeben. Indirekt wurde das vom „Verteidigungsminister der Volksrepublik Donezk“, Igor Girkin (Strelkow) zugegeben. Er schreibt zum Beispiel: „In den Republiken von Donezk und Luhansk gibt es viele Waren, doch die Alten und Kranken (und nicht nur sie) haben einfach kein Geld, um sie zu kaufen. Leider ist das dem Staat Schnuppe, sonst hätte man schon längst Lebensmittelkarten ausgegeben. Es ist unbegreiflich, dass Leute verhungern, trotz praller Vorräte in den Geschäften. Heute erfuhr ich, dass die offizielle Zahl derer, die an Dystrophie gestorben sind, auf 20 gestiegen ist. Im Gebiet Luhansk, so sagt man, ist die Lage nicht besser.“]

Den Machthabern in den Volksrepubliken ist es nicht gelungen, die Verteilung der humanitären Hilfe zu organisieren, die ohnehin sehr knapp ist. Die Anführer der Separatisten geben selbst zu, dass ein großer Teil der Lieferungen geplündert wird. Zum Beispiel hat der bekannte Rebellenführer Arseni Pawlow (Spitzname „Motorola“, russischer Staatsbürger) im Februar 2015 erklärt, dass das „Ausmaß des Diebstahls aus dem Ruder läuft“.¹⁴⁵ „Die humanitären Konvois kommen, doch die Hilfe kommt nicht an“, betonte er.

Die Preise in den Geschäften sind in den von Separatisten kontrollierten Gebieten deutlich höher als in den übrigen Gegenden der Ukraine. Zugleich ist die Zahl der Arbeitsstellen im Donbass deutlich gesunken. Es sind einige Schächte in Betrieb, auch illegale, und die Betriebe von Rinat Achmetow arbeiten ebenfalls. Ein großer Teil der Unternehmer hat aber die Gebiete der Volksrepubliken verlassen, sie flohen vor Raub und widerrechtlichen Aneignungen. Es ist praktisch nicht möglich, neue Investitionen in die Kampfgebiete zu bringen. Ein großes Problem ist auch, dass es den Machthabern der selbst ausgerufenen Volksrepubliken nicht gelungen ist, die nötige medizinische Versorgung derjenigen sicherzustellen, die staatliche Fürsorge brauchen. Das betrifft Ambulanzen ebenso wie andere medizinische Einrichtungen. Dennoch widersetzen sich die Leitungen der „Volksrepubliken“ der Idee, Arbeitsunfähige, die an Medikamentenmangel leiden, aus diesen Gebieten wegzubringen. So unterband die Verwaltung der „Volksrepublik Donezk“ zum Beispiel den Versuch von Freiwilligen, die Patienten eines psychosomatischen Wohnheims in Slawjanoserbskoje in ukrainisch kontrolliertes Gebiet zu bringen.¹⁴⁶ Es fehlten dort nicht nur Medikamente, sondern die Einrichtung befand sich auch unter ständigem Beschuss.

Kapitel 11. Was der Krieg gegen die Ukraine kostet

Der Bewertung der Kosten der kriegerischen Kampagne Putins gegen die Ukraine muss man sich von zwei Seiten nähern. Zum einen muss man einschätzen, was die direkten Kampfhandlungen Russland kosten, an denen „hybride“ russische Militärs („Urlauber“, „Freiwillige“ usw.) aktiv teilnehmen. Das ist der direkte Preis des Krieges und offensichtlich ist er im Verhältnis zur Größe des Staates nicht sehr groß. Zum anderen ist es wichtig, den indirekten Preis zu ermitteln, verbunden mit den Sanktionen, die gegen russische Banken und Unternehmen erlassen wurden, und mit dem Handelsembargo, das Russland als asymmetrische Antwort darauf eingeführt hat, ebenso mit der Inflation und der Abwertung der Währung sowie mit dem wirtschaftlichen Abschwung. Und dieser Punkt macht erheblich mehr aus als die direkten Kosten.

Direkte Ausgaben

Zu den direkten Kosten für den Krieg gehört die Bezahlung der Kämpfenden, die Kosten ihres laufenden Unterhalts (Nahrung, Unterbringung, medizinische Versorgung usw.), die laufenden Ausgaben für den Unterhalt und die Reparatur der Technik, die im Kampfgebiet eingesetzt wird, außerdem die Munition.

Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Kämpfer auf Seiten der Separatisten in der Ostukraine von 10-15.000 zu Beginn des Sommers 2014 auf 35-37.000 zu Beginn des Frühlings 2015 erhöht hat. Dabei ist die Zahl der russischen Kämpfer von 3-5.000 auf 8-10.000 gestiegen.

Der Vorsitzende des Fonds der Veteranen der Spezialeinheiten, Vladimir Jefimow¹⁴⁷, der sich mit dem Transfer russischer „Freiwilliger“ in den Donbass beschäftigt, bezifferte die Kosten für einen russischen „Freiwilligen“ auf 350.000 Rubel im Monat. Das heißt: 350.000 Rubel für 6.000 Freiwillige im Monat, und das über zehn Monate, macht 21 Milliarden Rubel. Angenommen, die Versorgung eines lokalen „Freiwilligen“ ist drei- bis viermal günstiger, dann macht ihr Unterhalt über zehn Monate hinweg 25 Milliarden Rubel aus. Das sind insgesamt 46 Milliarden Rubel für zehn Monate oder 4,6 Milliarden Rubel pro Monat an direkten Ausgaben für die „Freiwilligen“. Schlagen wir darauf eine Marge von 15% für die Abnutzung und Reparatur der betriebenen Militärtechnik¹⁴⁸, ebenso für ihren Transport aus russischen Lagern, dann kommen noch sieben Milliarden dazu. Dabei nehmen wir an, dass die gesamte Munition, die von den Separatisten verwendet wird, aus alten sowjetischen Lagerbeständen stammt und nicht mehr in Russland produziert wird. Außerdem gehen wir davon aus, dass alle russische Militärtechnik, die im Donbass zerstört oder beschädigt wird, weder durch Neukauf noch Reparatur durch das russische Verteidigungsministerium ersetzt wird.

[Zitat: *Die direkten Kosten der Russischen Föderation für den Krieg gegen die Ukraine betragen in 10 Monaten 53 Mrd. Rubel.*]

[Foto: REUTERS / Ilya Naymushin]

So betrachtet, liegen die russischen Kosten für den Krieg in der Ukraine über zehn Monate hinweg bei etwa 53 Milliarden Rubel. Einerseits ist das gar nicht so viel, wenn man berücksichtigt, dass der russische Staatshaushalt 15 Trillionen Rubel umfasst. Doch andererseits muss man vergleichen: Die Ausgaben für das staatliche Programm „Zur Entwicklung von Kultur und Tourismus“ liegen 2015 bei 95 Milliarden Rubel; für das Programm „Zum Schutz der natürlichen Umwelt“ bei 30 Milliarden Rubel; für das Programm „Entwicklung des Sports“ bei 68 Milliarden Rubel. Für die Finanzierung der beiden führenden Universitäten des Landes (in Moskau und St. Petersburg) sind pro Jahr im Rahmen des Programms „Entwicklung der Bildung“ gut 20 Milliarden Rubel vorgesehen.

Flüchtlinge

Eine direkte Folge des Kriegs im Donbass sind hunderte und tausende zerstörte Wohnhäuser, Teile der Verkehrsinfrastruktur, soziale Einrichtungen und Wirtschaftsbetriebe. Doch so lange die Kampfhandlungen nicht beendet sind, ist es unmöglich, auch nur annähernd das Ausmaß der Zerstörung zu bestimmen. Ebenso ist es unmöglich zu sagen, ob Russland irgendwelche Kosten des Wiederaufbaus übernimmt. Die Frage wird sich später stellen.

Jedweder Krieg führt zu einer großen Zahl von Flüchtlingen, Menschen, die nicht ständig unter Lebensgefahr existieren können, weder sie selbst noch ihre Kinder. Vor dem Krieg lebten in den Gebieten von Donezk und Luhansk etwa sieben Millionen Menschen. Die offiziellen Angaben Russlands und der Ukraine hinsichtlich der Flüchtlingszahlen unterscheiden sich wesentlich. Nach Schätzungen der UNO haben bis zum Frühjahr 2015 etwa eine Millionen Menschen die betroffenen Gebiete verlassen.¹⁴⁹ Seit November 2014 ist die Zahl der Flüchtlinge kaum noch gewachsen. Nach Angaben des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit der UNO sind etwa genauso viele Menschen in andere Regionen der Ukraine geflüchtet wie nach Russland¹⁵⁰, das heißt, zur Zeit kann man von etwa einer halben Million ukrainischer Flüchtlinge in Russland ausgehen.

Der Kreml hat den Gouverneuren eine Norm für den Unterhalt von Flüchtlingen vorgegeben, es sind 800 Rubel pro Tag (250 Rubel für Nahrung, 550 für Unterbringung). Darüber sprach der Gouverneur des Gebiets Kostroma, Mitin¹⁵¹; eben solche Zahlung finden sich in der Verordnung Nr. 325-p der Regierung des Gebiets Wolgograd vom 7. Juli 2014¹⁵²; eben solche Zahlen wurden auf einer Sitzung einer Arbeitsgruppe der gesellschaftlichen Kammer des Gebiets Kirow vorgelegt. Das heißt, die Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge belastet die Haushalte der Regionen mit zwölf Milliarden Rubel pro Monat, von Juli 2014 an gerechnet macht das eine Summe von 80 Milliarden Rubel.

Die Krim

Während die Kosten für den Unterhalt des Donbass noch unbekannt sind, und ebenso unklar ist, wer das finanzieren wird, so ist mit dem Anschluss der Halbinsel Krim an Russland bereits die Entscheidung der russischen Staatsmacht gefallen: das Wesentliche wird aus dem Budget des föderalen Haushalts zur Verfügung gestellt, wofür an anderer Stelle gespart wird (an erster Stelle bei den Ausgaben zur Entwicklung der russischen Regionen).

[Zitat: *Die Zahlungen für die Rentner der Krim werden zu Lasten der anderen russischen Rentner finanziert.*]

Am 11. August 2014 hat die russische Regierung das Programm „Die sozial-ökonomische Entwicklung der Republik Krim und der Stadt Sewastopol bis 2020“ beschlossen. Seine Umsetzung soll das Lebensniveau der Menschen auf der Krim auf den russischen Durchschnitt bringen. Dafür sollen 681.221.180.000 Rubel zur Verfügung stehen. Davon entfallen 658.135.880.000 Rubel auf den föderalen Haushalt.¹⁵³

Am 31. März 2014 unterschrieb der Präsident einen Erlass über die Anpassung der Renten auf der Krim an den russischen Durchschnitt.¹⁵⁴ Auf der Krim leben 677.000 Rentner. Vor dem Anschluss an Russland betrug ihre Rente umgerechnet 5.504 Rubel. Seit September sind es auf der Krim 10.670 Rubel und in Sewastopol 11.680 Rubel. Die Finanzierung übernimmt der russische Rentenfonds. 2014 zahlte er insgesamt fast 60 Milliarden Rubel aus. 2015 werden es etwa 100 Milliarden Rubel sein.

Mit der Rentenreform 2013 erfolgte die Berechnung der Rentenhöhe nach einem Punktesystem. Das heißt, die individuelle Rente hängt jetzt nicht mehr nur von den individuellen Einzahlungen während des Erwerbslebens ab, sondern auch von der Gesamtzahl der Rentner. Da die Rentner der Krim einst in die ukrainische Rentenkasse eingezahlt haben, geht die Auszahlung der Renten jetzt zulasten der anderen russischen Rentner.

Im Regierungsprogramm ist vorgesehen, einen kleineren Teil der Kosten aus sogenannten nicht-budgetierten Quellen vorzufinanzieren. Doch es gibt keine Illusionen: Diese Ausgaben werden auch aus der Tasche der russischen Bürger finanziert. So soll beispielsweise das Unternehmen „Techpromeksport“, eine Tochter der Staatlichen Körperschaft „Rostech“ einen Teil der Kosten vorfinanzieren. Es gehört einem Freund Putins noch aus sowjetischen Zeiten, Sergej Tschemesow und soll den Bau von Heizkraftwerken auf der Krim vorfinanzieren. Doch natürlich wird das nicht aus wohlthätigen Motiven heraus getan. Alle Kosten solcher Kraftwerke und die entsprechenden Einnahmen werden nach einem von der russischen Regierung festgelegten Schlüssel auf die Verbraucher des europäischen Teils Russlands und des Urals je nach Leistungsfähigkeit umgelegt.¹⁵⁵

Die Inflation

Das Ergebnis der russischen Außenpolitik ist die Einführung von Sanktionen des Westens gegen russische Beamte, Unternehmer und Unternehmen, die die Operation auf der Krim unterstützen. Es ist schwer, den Schaden zu beziffern, der zum Beispiel durch das Verbot der Lieferung von technischen Ausrüstungsgütern oder Dual-Use-Gütern entsteht. Aber sicherlich wird es die Produktion der einheimischen Industrie bremsen und folglich werden die russischen Einkommen sinken. Die Sanktionen führen auch zu einer qualitativen Verschlechterung der Produkte, was die Kosten ihres Unterhalts erhöht und den Haushalt belastet.

Die personenbezogenen Sanktionen gegen Freunde Putins führten zum Einfrieren ihrer Aktiva. Doch sie fanden Möglichkeiten zur Kompensation ihrer Verluste. Der eine durch neue Aufträge (zum Beispiel erhielt das Unternehmen von A. Rotenberg den Zuschlag für den Bau der Brücke zur Krim im Wert von über 240 Milliarden Rubel). Der andere, weil er von Beschränkungen des Marktes auf dem Verwaltungsweg profitierte (zum Beispiel wurden

aufgrund eines Erlasses des Gouverneurs von St. Petersburg, G. Poltawtschenko, die Konten einiger Unternehmen zur Bank „Rossija“ transferiert, deren Hauptaktionär ein Freund Putins aus der Datschensiedlung „Osero“ ist, J. Kowaltschuk. Derselben Bank wurde das Recht zugesprochen, auf dem Optionsmarkt für Elektroenergie aktiv zu werden). Nach einer Entscheidung der Regierung erhalten die Banken der Freunde Putins, die unter die Sanktionen fallen, dutzende Milliarden Rubel aus dem staatlichen Wohlfahrtsfonds, obwohl sie nicht den Auswahlkriterien des Finanzministeriums und der russischen Zentralbank entsprechen.

Den stärksten Einfluss auf unserer Wirtschaft haben die finanziellen Sanktionen: Unternehmen in den USA und der EU dürfen russischen Unternehmen keine Kredite mehr gewähren und nicht mehr mit Aktien und Obligationen handeln, die Unternehmen im russischen Staatsbesitz gehören. Als Folge verstärkten die russischen Schuldner zur Begleichung ihrer Außenschulden im Herbst 2014 die Nachfrage nach ausländischer Währung im Inland, was zu einem deutlichen Kurseinbruch des Rubels und zu einer starken Inflation führte.

Allerdings stieg die Inflation schon vorher an, und zwar, als Putin mit dem Erlass vom 6. August 2014 die Einfuhr von Agrargütern aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen verbot. Das führte zur Verknappung des Warenangebots und zum Anstieg der Preise. Russland verfügt über den größten Anteil der besten Böden der Welt, doch unsere Landwirtschaft kann unsere Einwohner nicht ernähren. 2013 wurden 70% aller Früchte und Beeren importiert, 41% des Rindfleischs, 28% des Schweinefleischs und 23% der Milchprodukte. Als Folge des Putin-Erlasses sank der Import von Milch- und Fleischprodukten schon im vierten Quartal 2014 um 26% und der Import von Fischprodukten um 48% im Vergleich zu 2013. Nach Einschätzung des Instituts für strategische Analysen FBK führt das Einfuhrverbot und die dadurch steigenden Preise dazu, dass aus den Taschen der russischen Verbraucher jährlich etwa 147 Millionen Rubel verschwinden, also 1.000 Rubel bezogen auf jeden Einwohner unseres Landes.

2013 stiegen die Verbraucherpreise um 6,5%. In den zwölf Monaten seit dem Anschluss der Krim hat sich der Anstieg auf 17% beschleunigt. Die Einkommen und Ersparnisse verringerten sich um 11,5%. Nach Angaben der russischen Staatsbank entfallen 80% des Preisauftriebs auf die Abwertung des Rubels, 20% auf das Importverbot. Natürlich haben nicht nur die Sanktionen zum Verfall des Rubelkurses beigetragen, sondern auch der fallende Ölpreis. Die beiden Faktoren stehen im Verhältnis 1 zu 2, das heißt, die Sanktionen sind für 3% des Preisauftriebs verantwortlich.

Das heißt, die Kosten für die Konfrontation mit der Ukraine bestehen in einem zusätzlichen Preisauftrieb von 5,5% im Jahr nach dem Anschluss der Krim. Diese Zahl bedeutet, dass die russischen Bürger etwa 2 Trillionen Rubel bei ihren Einkommen und etwa 705 Milliarden Rubel bei den Ersparnissen verloren haben.

[Grafik: Überschrift: Jährlicher Preisanstieg

Balkenunterschriften: Dienstleistungen – Non-Food-Produkte – Nahrungsmittel

Quelle: Rosstat]

Schlussfolgerung

Der Krieg in der Ukraine wird oft „hybrid“ genannt. Das ist angeblich eine einzigartige Erfindung Vladimir Putins: keine direkte militärische Aggression, sondern das Entfachen eines bewaffneten Konflikts auf dem Territorium des Nachbarstaates, und zwar auf eine Weise, dass man dem Initiator gegenüber formell keine Ansprüche stellen kann. Der Donbass brennt, doch der russische Präsident fragt mit weißer Weste: „Wo sind die Beweise?“

„Putin ist ein sehr listiger Mensch. Er sagt der ganzen Welt, da seien keine Truppen. Aber zu uns sagt er: los, los“, erklärt in einfachen Worten der Panzersoldat Dorzhi Batomonkujew, der bei Debalzewe verletzt wurde.

Fassen wir also zusammen: Der „hybride Krieg“ ist nach Putin folgendes:

Doppelbödiges Denken: Irgendwie kämpfen wir gegen die Ukraine und alle verstehen das. In Russland gibt es Ausbildungslager für Kämpfer, in Richtung ukrainischer Grenze bewegen sich Einheiten mit Panzern, die Führer der Separatisten stimmen ihr Handeln mit dem Kreml ab. Doch irgendwie kämpfen wir gar nicht. Putin schüttelt auf jede direkte Frage mit dem Kopf, Tschurkin weist im Sicherheitsrat der UNO verärgert jede Anschuldigung gegenüber dem Kreml zurück.

Dummes Geschwätz: In der Ukraine wurden russische Fallschirmjäger festgenommen? Nun, die haben sich einfach verlaufen. Es wird bewiesen, dass die Separatisten russische Waffen verwenden? Die haben sie wohl auf dem Militärmarkt gekauft. Die Ukrainer werden von russischem Territorium aus beschossen? Ach, die beschießen sich selbst. Es werden Namen russischer Soldaten bekannt, die in der Ostukraine umgekommen sind? Ach, was soll das.

Kleinmut: Weder Putin noch seine Generäle hatten den Mut, die Tatsache einer kriegerischen Aggression gegen die Ukraine einzugestehen. Kleinmütige Lüge und Hinterlist werden als große politische Weisheit ausgegeben.

Der verlogene und niederträchtige Krieg, entfesselt von Putin, kommt unser Land teuer zu stehen. Wir bezahlen für dieses Abenteuer mit dem Leben unserer Soldaten, mit einer Wirtschaftskrise und politischer Isolation.

Wir werden dafür mit der Feindschaft unserer langjährigen Partner bezahlen. Es gibt auf der Welt kein Volk, das den Russen näher wäre als die Ukrainer. Das sind unsere Brüder, ohne jedes Pathos, und der Krieg zwischen Russen und Ukrainern im Donbass kann nur Brudermord genannt werden.

Dieser Krieg ist eine Schande für unser Land. Doch von alleine wird dieses Problem nicht verschwinden. Man muss Putin unbedingt stoppen. Und das kann nur das russische Volk.

Lasst uns diesen Krieg gemeinsam beenden.

[Foto: Ilja Warlamow]

An diesem Bericht haben mitgearbeitet:

Alexej Alexaschenko, russischer Ökonom. Direktor für makroökonomische Studien an der Hochschule für Wirtschaft. 1995-98 erster Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden der russischen Zentralbank.

Oleg Kamin, russischer Journalist und Schriftsteller. Autor der Romane „Gorbi-Dream“ und „Zauberwürfel“. 2012 und 2013 gehörte er zum Koordinationsrat der russischen Opposition.

Ajder Muzhdabajew, russischer Journalist und Medien-Manager. Seit vielen Jahren verfolgt er die gesellschaftlichen und politischen Probleme der Krim.

Olga Schorina, Generalsekretärin der Partei PRP-PARNAS, von 2009 bis 2012 Pressesprecherin von Boris Nemzow.

Jekaterina Winokurowa, russische Journalistin, Korrespondentin von „Znak.com“, 2014 Autorin von Reportagen aus dem Konfliktgebiet in der Ostukraine.

Leonid Martynjuk, Mitglied des politischen Rates der Partei PRP-PARNAS, Autor der Videoserie „Die Lüge des Putinschen Systems“, 2012 arbeitete er gemeinsam mit Boris Nemzow an dem Bericht „Sklavenleben in den Lagern“.

Alfred Koch, russischer Publizist und Schriftsteller, 1996 und 1997 stellvertretender russischer Ministerpräsident.

Ilja Jaschin, russischer Politiker. Mitglied des politischen Rates der Partei PRP-PARNAS.

Wir danken für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Berichts:

Alexander Golz, russischer Journalist und Militärexperte, für die Hilfe beim Kapitel „Der Militärmarkt Putins“.

Ilja Barabanow, russischer Journalist und Autor von Reportagen aus dem ostukrainischen Konfliktgebiet, für die Bereitstellung seines Recherchematerials, für Beratungen und umfassende Hilfe.

Ruslan Lewijew, russischer Aktionskünstler, für die Hilfe beim Kapitel „Grus 200“.

Jewgenij Lewkowitsch für die Hilfe beim Kapitel „Freiwillige oder Söldner?“.

Timur Olewki, russischer Journalist, berichtete aus dem Konfliktgebiet in der Ukraine, für die Bereitstellung seines Recherchematerials, für Beratungen und umfassende Hilfe.

Lew Schlosberg, Abgeordneter des lokalen Parlaments in Pskow, Journalist, für die Überlassung seiner Rechercheergebnisse für das Kapitel „Grus-200“.

Sergej Parchomenko, russischer Journalist, für die Überlassung seiner Rechercheergebnisse zu „Die Spur von Tores“, veröffentlicht in „Medusa“ am 17. März 2015.

Maria Turtschenkowa, Fotojournalistin, für die Verwendung ihrer Fotografien.

Jewgenij Feldman, Fotojournalist, für die Verwendung seiner Fotografien.

Pjotr Schelomowski, Fotojournalist, für die Verwendung seiner Fotografien.

Denis Sinjakow, Fotojournalist, für die Verwendung seiner Fotografien.

Wadim Prochorow, Jurist, für die Beratung in rechtlichen Fragen.

Anastasja Fasulina, gesellschaftliche Aktivistin, für organisatorische Hilfe.

Wsewolod Tschagajew, für organisatorische Hilfe.

¹ Alle Fußnoten siehe Seite xx

² <http://www.forbes.ru/news/238755-putin-otrugal-kabmin-za-vyletevshie-v-chernuyu-dyru-dengi>

³ <http://www.youtube.com/watch?v=42-71RpRgI>

⁴ <http://www.kommersant.ru/doc/2434037>

⁵ <http://top.rbc.ru/politics/11/03/2015/550069bb9a7947fd834cec7e>

⁶ https://ru.wikipedia.org/wiki/анатомия_протеста

⁷ <http://gorod.afishu.ru/archive/ministry-of-truth-simonyan/>

⁸ <http://kashin.guru/2014/06/02/pravisektor/>

⁹ <http://www.1tv.ru/news/world/262978>

¹⁰ <http://slon.ru/fast/russia/zhurnalisty-ne-nashli-podtverzheniya-syuzhetu-pervogo-kanala-o-raspyatom-v-slavyanske-rebenke-1126851.xhtml>

¹¹ <http://slon.ru/fast/russia/pervyj-kanal-opravdalsya-za-syuzhet-o-raspyatom-malchike-1198515.xhtml>

¹² http://russia.tv/brand/show/brand_id/59195

¹³ <http://www.colta.ru/articles/media/3886>

¹⁴ <https://www.youtube.com/htJYHMfqWVU>

¹⁵ https://www.youtube.com/watch?v=yC8iHFiNp_I

¹⁶ <http://tjournal.ru/paper/nuklear-kiselev>

¹⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=SSpBXhn98oU>

¹⁸ <http://kremlin.ru/transcripts/20366>

¹⁹ <http://kremlin.ru/transcripts/20796>

²⁰ <https://meduza.io/special/polite>

²¹ http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/03/25/n_6037281.shtml

²² <http://uralpolit.ru/news/society/reviews/1398349939-uralskie-voennosluzhashchie-okazalis-v-chisle-vezhliykh-lyudei-oni-proshli-krym-i-gotovyatsya-k>

²³ <http://neuromir.tv/tsentrily-silatsentra/>

²⁴ <http://ria.ru/interview/20150313/1052368767.html>

²⁵ <http://www.youtube.com/watch?v=t42-71RpRgI>

²⁶ <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G94/652/94/PDF/G9465294.pdf?OpenElement>

²⁷ <http://zakonbase.ru/content/part/680193>

²⁸ http://news.kremlin.ru/ref_notes/1653

²⁹ <http://www.youtube.com/watch?v=hEuFc5hCiDA>

³⁰ <http://tass.ru/politika/1868464>

³¹ <http://top.rbc.ru/politics/02/10/2014/542c0dcfcbb20f5d06c1d87a>

³² https://youtube/3B6-_AiosIE?list=UU4sbuPna_BojWqmWXTiHWNg

³³ <http://zavtra.ru/content/view/kto-tyi-strelok/>

³⁴ <http://vesti.ru/doc.html?id=1926167>

³⁵ <http://www.1tv.ru/news/social/266945>

³⁶ <http://top.rbc.ru/politics/02/10/2014/542c0dcfcbb20f5d06c1d87a>

³⁷ http://slon.ru/russia/chto_delat_soldatam_kotorye_ne_khotyat_voevat-1153368.xhtml

³⁸ http://ria.ru/defence_safety/20141219/1039223657.html

³⁹ <http://www.mediaport.ua/prekratite-posylat-pacanov-rossiyskie-desantniki-zaderzhannye-na-donbasse-dali-obyasneniya>

⁴⁰ http://ria.ru/defence_safety/20140826/1021446691.html

⁴¹ <https://www.youtube.com/watch?v=A1tK5LeV9I>

⁴² <http://www.youtube.com/watch?v=ljUHGIjm9II>

⁴³ <http://novayagazeta.ru/doc/2671088>

⁴⁴ <http://www.kommersant.ru/doc/2671088>

⁴⁵ http://www.gazeta.ru/politics/2015/02/11_a_6408545

⁴⁶ http://www.bbc.co.uk/russian/international/2015/03/150325_donetsk_rebel_interview

⁴⁷ <http://www.novayagazeta.ru/society/67490.html>

⁴⁸ <http://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/1404553>

⁴⁹ <http://novorus.info/news/policy/31290-v-rossii-hotyat-uzakonit-sluzhbu-rossijskih-dobrovolcev-na-donbasse.html>

⁵⁰ <http://www.znak.com/tumen/news/2014-11-21/1031839.html>

⁵¹ http://svodka.net/index.php?option=com_content&view=article&id=144847:deputat-gosdumi-priznal-svoju-rol-v-otpravke-rossijskih-naemnikov-na-donbass&catid=1:svodki

⁵² <http://www.novayagazeta.ru/society/65096.html>

⁵³ http://www.gazeta.ru/business/news/2015/03/03/n_6976897.shtml

⁵⁴ http://www.e1.ru/news/spool/news_id-416966.html

⁵⁵ <http://rosbalt.ru/piter/2015/02/11/1366640.html>

⁵⁶ <http://www.tv2.tomsk.ru/news/iz-tomska-v-luganskuyu-oblast-otpravilas-pervaya-gruppa-dobrovolcev>

⁵⁷ <http://www.zakonrf.info/uk/359>

⁵⁸ <http://vm.ru/news/2014/10/07/v-rossii-zavedeno-pervoe-ugolovnoe-delo-o-naemnichestve-267440.html>

⁵⁹ <http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2014/12/18/putina-sprosili-o-prisutstvii-rossijskih-voennyh-na-ukraine>

⁶⁰ <http://www.ntv.ru/novosti/1274938/video/>

⁶¹ <http://www.reuters.com/article/2014/06/01/us-ukraine-crisis-vostok-idUSKBN0EC1LL20140601>

⁶² <http://www.youtube.com/watch?v=VEtaBm01.Fek>

⁶³ <http://rusplt.ru/news/boroday-podtverdil-sodeystvie-urojentsev-severnogo-kavkaza-dnr-140398.html>

⁶⁴ <http://www.regnum.ru/news/polit/1808854.html>

⁶⁵ <http://rusplt.ru/society/u-opolchentssev-slishkom-mnogo-kommandirov-12007.html>

⁶⁶ http://www.youtube.com/watch?v=l1tfU_6wxls#t=107

⁶⁷ <http://www.youtube.com/watch?v=UsPvylvsXtU>

⁶⁸ <http://www.youtube.com/watch?v=drPDrJUBlqY>

⁶⁹ <http://spektr.delfi.lv/novosti/batalon-smert-u-novorossii-budet-svoj-gimn.d?id=45239010>

⁷⁰ <http://youtu.be/DvatpcE3mLM>

⁷¹ http://www.youtube.com/watch?v=cevUyRo4_sA

⁷² <http://www.youtube.com/watch?v=n5Of00PFgOQ>

⁷³ <http://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/1900118>

⁷⁴ <http://www.echo.msk.ru/blog/maryautomne/1332306-echo/>

⁷⁵ http://gubernia.pskovregion.org/number_705/01.php

⁷⁶ http://echo.msk.ru/blog/schlosberg_lev/1387492-echo/

⁷⁷ <http://www.znak.com/moscow/news/2014-08-19/1027090.html>

⁷⁸ http://gubernia.pskovregion.org/number_706/00

⁷⁹ <http://www.gazeta.ru/social/2014/08/30/6196173>

⁸⁰ http://tvrain.ru/articles/dvoe_pogibshih_i_dvoe_zaderzhannyh_chno_proishodit_s_uljanovskimi_desantnikami-374755/

⁸¹ <http://top.rbc.ru/politics/02/10/2014/542c0dcfcv20f5d06c1d87a>

⁸² <http://www.perm.aif.ru/society/details/1331851>

⁸³ <http://echo.msk.ru/news/1389336.html>

⁸⁴ <http://www.noayagazeta.ru/news/1687093.html>

⁸⁵ http://gubernia.pskovregion.org/number_716/02.php

⁸⁶ http://ria.ru/defence_safety/20140304/998097348.html

⁸⁷ <http://www.youtube.com/watch?v=t42-71RpRgI>

⁸⁸ <http://www.ng.ru/news/49560tml>

⁸⁹ <http://osce.org/ru/home/123807?download=true>

⁹⁰ http://tvrain.ru/articles/polnyj_tekst_dogovora_po_vypolneniju_minskih_soglashenij-381846/

⁹¹ http://vk.com/strelkov_info

⁹² <http://vpk-news.ru/articles/21947>

⁹³ <http://armamentresearch.com/Uploads/Research%20Report%20No.%203%20-%20Raising%20Red%20Flags.pdf>

⁹⁴ <http://www.youtube.com/watch?v=bhti-Sp-g7w&feature=youtu.be>

⁹⁵ http://youtube.com/watch?v=hGj-XI_jt7w

⁹⁶ <http://www.buran.ru/htm/mh17.htm>

⁹⁷ <http://ria.ru/infografika/20120703/690811747.html>

⁹⁸ <http://vz.ru/news/2014/5/2/684927.html>, <http://www.inferfax.ru/374928>

⁹⁹ <http://www.vesti.ru/videos/show/vid/61805>

¹⁰⁰ <http://www.interfax.ru/world/382463>

¹⁰¹ <http://www.mk.ru/politics/2014/06/06/opolchency-sbili-v-slavyanske-ukrainskiy-an30b.html>

¹⁰² <http://interfax.ru/world/380883>

¹⁰³ <http://www.ntv.ru/novosti/33876/>

¹⁰⁴ <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1325017>,
<http://ria.ru/world/20140717/1016409306.html>

¹⁰⁵

<http://facebook.com/foto/phpFbid=658499310886339%set=a.233159876753620.52584.100001788291627&type=1>

¹⁰⁶ <http://www.rg.ru/2014/07/17/samolot-anons.html>, <http://www.vz.ru/news/2014/7/17/696045.html>,
<http://lenta.ru/news/2014/07/17/tores/>, <http://www.bbc.com/news/world-europe-28350>,
<http://rian.com.ua/video/20140717/355014755.html>, <http://gazeta.ru/social/2014/07/17/6117889.shtml>

¹⁰⁷ <http://www.ntv.ru/novosti/1085256>, <http://www.vesti.ru/doc?htmlid=1741703&tid=105474>,
<http://www.vz.ru/news/2014/6/29/693262.html>, <http://www.novoross.info/politiks/27437-u-doneckih-opolchencev-poyavilis-zenitno-raketnye-kompleksy-buk.html>

¹⁰⁸ <http://www.svoboda.org/media/video/25468582.html>

¹⁰⁹ <http://youtube.com/watch?v=pzSdsrpzDTw&feature=youtu.be&t=4m13s>

¹¹⁰ <http://www.1tv.ru/news/polit/263583>

¹¹¹ <http://youtu.be/l13uJ9nhTdE>

¹¹² <http://www.gordonua.com/news/worldnews/Genkonstruktor-Su-25-SHturmovik-ne-mog-sbit-malayziyskiy-Boing-nad-Donbassom-70694.html>

¹¹³ <http://www.1tv.ru/news/leontiev/271824>

¹¹⁴ <http://slon.ru/fast/russia/pervyy-kanal-ulichili-v-poddelke-sputnikovogo-snimka-s-obstrelom-boinga-1184594.xhtml>, <http://www.mk.ru/incident/2014/11/14/aviaekspert-udivlen-vremenem-ukazannom-na-foto-ataki-na-malayziyskiy-boing.html>

¹¹⁵ <https://mh17.correctiv.org/mh17-hauptgeschichte-russian/>

¹¹⁶ <http://www.tagesschau.de/ausland/mh17-ukraine-157.html>

¹¹⁷ Nach dem Beitrag von Sergej Parchomenko, „Die Spur von Tores“ („Medusa“, 17. März 2015)

¹¹⁸

<http://ru.reuters.com/article/topNews/idRUKBN0M822W20150312?pageNumber=2&ramp;virtualBrandChannel=0&ramp;sp=true>

¹¹⁹ <https://www.bellingcat.com/resources/case-studies/2015/01/27/examining-the-mh17-launch-smoke-photographs/>

¹²⁰ <https://www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2015/01/27/is-this-the-launch-site-of-the-missile-that-shot-down-flight-mh17/>

¹²¹ <https://youtube.com/watch?v=VdfEL5yWE7w>

¹²² <http://www.jitmh17.com/>, <https://youtu.be/olQNPtXSnTo?t=10m2s>

¹²³ <http://www.theinsider.ua/politics/53c52f27b372c/>

¹²⁴ <http://www.mvs.gov.ua/mvs/control/main/uk/publish/article/1105703>

¹²⁵ http://actualcomment.ru/boroday_surkov_nash_chelovek_v_kreml.html

¹²⁶ <http://www.interfax.ru/world/386640>

¹²⁷ <http://www.novayagazeta.ru/inquests/64872.html>

¹²⁸ http://znak.com/print?php.article_id=103685

¹²⁹ Igor Girkin. Das Interview erschien in „Petschat“ (Serbien), Januar 2015.

¹³⁰ <http://www.youtube.com/watch?v=cb5BnyfV7ik>

¹³¹ http://www.znak.com/print.php?article_id=103550

¹³² <http://www.gazeta.ru/social/2014/11/05/62845.shtml>

¹³³ <http://www.youtube.com/watch?v=wgxmVkJXSXs>

¹³⁴ <http://www.newsru.com/world/20feb2015/sbusays.html>

¹³⁵ <http://www.kommersant.ru/doc/2666248>

¹³⁶ <http://www.kommersant.ru/doc/2653539>

¹³⁷ <http://www.rbc.ru/rbcfreenews/54c31f479a7947c082c09469>

¹³⁸ <http://www.rosbalt.ru/ukraine/2015/03/12/1377023html>

¹³⁹ <http://www.thekiewtimes.ua/society/395016-strashnaya-gibel-bezhencev-v-luganske.html>

¹⁴⁰ http://www.tvrain.ru/teleshov/here_and_now/hrw_v_slawjanske_obnoruzhili_massovoe_zahoronenie_373020/

¹⁴¹ <http://lenta.ru/news/2014/04/23/rybak>

¹⁴² <http://www.youtube.com/watch?v=v39Lc5oSVs#t=23>

¹⁴³ <http://www.slon.ru/fast/world/opublikovano-video-obstrela-gradami-avtobusa-pod-volnovakhoy-1204543.xhtml>

¹⁴⁴ <http://www.colta.ru/articles/society/5675>

¹⁴⁵ <http://www.znak.com/moscow/articles/12-02-17-14/103550.html>

¹⁴⁶ <http://www.openrussia.org/post/view/3594/>

¹⁴⁷ http://www.e1.ru/news/spool/news_id-416966.html

¹⁴⁸ Nach Informationen von A. Turtchinow vom Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine hatten die Separatisten 532 Panzer, bis zu 990 gepanzerte Fahrzeuge, 694 Artilleriesysteme, darunter Raketenwerfer und 4 taktische Boden-Boden-Raketensysteme „Točka U“ (SS-21) und bis zu 57 Boden-Luft-Raketensysteme.

<http://112.ua/politika/turchinov-poobeschal-cto-vse-mobilizovannye-budut-obespecheny-nuzhnoy-ekipirovkoy-173751.html>

¹⁴⁹ http://www.rbth.com/news/2015/03/02/there_are_over_1_million_donbass_refugues_in_ukraine_-_un_report_44124.html

¹⁵⁰ <http://www.capital.ua/ru/news/35716-donbass-pokinuli-pochti-million-bezhentsev-oon#ixzz3USzYqzd>

¹⁵¹ http://www.velikiynovgorod.ru/news/citizens/soderzhanie_bezhentsev_iz_ukrainy_obkhoditsya_novgorodsko_y_oblasti_v_800_rubley_na_cheloveka_V_sutki/

¹⁵²

<http://www.admvol.ru/docs/%D0%9F%D0%BE%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%BE%D0%B2%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B5/20140717/4916%20%D0%BE%D1%82%2017-07-2014.pdf>

¹⁵³ <http://tass.ru/info/1378467>

¹⁵⁴ <http://kremlin.ru/news/20663>

¹⁵⁵ <http://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2015/03/09/na-krim-deneg-net>